Berliner Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne" erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg.
Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition: S.O. (26). Oranien-Straße 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Annahme in der Expedition: Oranien-Straße 23.

Ausgabe für Spediteure: „Merkur" Zimmer-Straße 54.

№ 15. Sonnabend, den 14. April 1888. II. Jahrgang.

Inhalt:

Internationale Arbeitertage. — Der belgische Sozialistenkongreß. — Die possibilistischen Arbeitervertreter in Frankreich. I. — Die Entwickelung der Chinesenfrage in den Vereinigten Staaten.

Gedicht. — Novelle. — Die Berliner Arbeiter und die Amnestie. — Die Berliner Gemeindewahlen. — Der Kommunalsozialismus. — Streiks und Sozialismus. — Unternehmerkartelle und Arbeiterorganisationen.

Politische Nachrichten. — Kleine Mittheilungen. — Vereine und Versammlungen.

Internationale Arbeitertage.

Kurz vor Parlamentsschluß erließ bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages (vergl. Nr. 8 dieses Jahrgangs der „Berliner Volkstribüne") einen Aufruf, in dem sie die „Parteigenossen und Arbeiter aller Länder" ersuchte, den internationalen Gewerkschaftskongreß in London nicht zu beschicken, vielmehr ihre Kräfte zu sparen und dafür einen für das Jahr 1889 einzuberufenden allgemeinen internationalen Kongreß um so zahlreicher zu besuchen.

Die deutsche Sozialdemokratie war durch sehr triftige Gründe zu dieser Haltung bewogen worden. Die Einladung der englischen Gewerkschaften ließ für den Londoner Kongreß im November nur Vertreter von Gewerkschaften zu, die selber noch aktive Mitglieder der Fachvereine sein sollten. Damit war es den deutschen und österreichischen Arbeitern bei ihren beschränkenden Vereins- und Versammlungsgesetzen und unter den bestehenden Ausnahmezuständen unmöglich, überhaupt zu erscheinen, und da das parlamentarische Komitee der englischen Trades Unions sich zu keinerlei Entgegenkommen verstehen wollte, so glaubten die ganz ungerecht nnd willkürlich Ausgeschlossenen den oben bezeichneten Schritt ergreifen zu sollen.

Ueber den Erfolg desselben liegen nunmehr einige Kundgebungen vor, die wir unseren Lesern vorerst ohne jede Bemerkung mittheilen wollen.

Zunächst erhalten wir folgendes

Zirkular
der englischen sozialdemokratischen Föderation,
den künftigen internationalen Gewerkschaftskongreß in London betreffend.

„An unsre Genossen, die Sozialisten aller Länder!

„Unsre Freunde, Verbündete und Genossen von der Sozialdemokratie im deutschen Reichstag haben kürzlich an die Arbeiter aller Nationen einen Aufruf erlassen, den künftigen internationalen Gewerkschaftskongreß betreffend, der im November d. J. in London zusammentreten soll. Da es das parlamentarische Komitee der englischen Trades Unions, nach dem seit mehr als zwanzig Jahre üblichen Gebrauch, verweigert hat, andere Delegirte als Trades Unionisten, die ihre Gewerkschaften vertreten, zuzulassen, so ersuchen unsre Genossen aus dem deutschen Reichstag die Arbeiter aller Länder inständigst, an dem in Frage stehenden Kongreß nicht Theil zu nehmen.

„Wir bedauern, daß unsre deutschen Freunde nicht daran gedacht haben, unseren Rath einzuholen, bevor sie die Verantwortlichkeit auf sich luden, eine Bewegung zu durchkreuzen, welche die besten Ergebnisse versprach. Wir sind die kämpfenden Vertheidiger der Sozialdemokratie in England, wir haben es bewiesen durch unsren Eifer für die Sache, durch die Gefahren, denen wir uns ausgesetzt, und durch die Opfer, welche wir auf uns genommen haben.

„Auch unseren Bemühungen allein ist es zu verdanken, daß die Führer der englischen Gewerkvereine vorwärts gedrängt und gezwungen worden sind, einen internationalen Gewerkschaftskongreß überhaupt einzuberufen. Da wir somit auf der Bresche stehen und zwar grade in England, so haben wir sicherlich auch das Recht, darüber zu urtheilen, welche Taktik im Interesse unserer Sache in England befolgt werden soll, jedenfalls ein besseres Recht als die Gruppen der übrigen Länder, mag sonst auch ihre Geschicklichkeit und ihre Thatkraft so groß sein, wie sie wolle.

„Wir sind durchaus auch der Meinung, daß die Haltung des parlamentarischen Comitees der Trades-Unions einer Körperschaft, welche die Arbeiter-Interessen vertreten und hochhalten will, nicht würdig ist. Wir fügen aber zur Aufklärung unserer deutschen Freunde hinzu, daß es Mitglieder des parlamentarischen Comitees gibt, die ihr Möglichstes gethan haben, um das Stattfinden des internationalen Gewerkschafts-Kongresses überhaupt zu verhindern und die hoch erfreut sein würden, wenn der Kongreß ganz scheitern sollte. Indem die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags die Arbeiter von ganz Europa ersucht, nicht nach London zu gehen, besorgt sie unbewußt die Geschäfte dieser Verräther an der Sache der arbeitenden Klasse.

„Seit mehreren Jahren schon suchen wir die englischen Gewerkschaften zum Sozialismus zu bekehren und wir hatten den bevorstehenden Kongreß als eine Gelegenheit in Aussicht genommen, um unsere Lehren mitten in das Lager des Feindes hineinzutragen. Daher fordern wir unsere Genossen von allen Nationen dringend auf, ihren Einfluß auf die Arbeitergewerkschaften ihrer Länder aufzubieten, damit letztere ihre Vertreter zum englischen Kongreß entsenden. Die englischen Trades-Unions müssen grade aus dem Beispiel der Arbeiter des Kontinents ersehen, daß unter normalen Bedingungen die besten Gewerkschafter auch die aufrichtigsten Sozialisten sind.

„Auch die sozialdemokratische Föderation von England, die keine berufsgenossenschaftliche Vereinigung ist, kann so wenig wie die deutschen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, welche eine politische Partei vertreten, als solche an dem internationalen Gewerkschafts-Kongreß Theil nehmen, da auch sie eine Vereinigung ist, die eine politische, sozialistische und demokratische, Partei vertritt. Beide müssen wir uns daher fern, gleichsam bei Seite halten, aber trotzdem können wir sicherlich mit allen Mitteln, welche uns zu Gebote stehen, diejenigen unterstützen, welche auf einem anderen Terrain, das nicht das unsrige ist, für unsere Sache und unsere Grundsätze kämpfen.

„Es ist, um den Erfolg unserer begonnenen sozialistischen Propaganda in England zu sichern, unbedingt nöthig, daß die Arbeiter von ganz Europa bei Gelegenheit dieses Kongresses eine imposante Demonstration veranstalten. Zu diesem Zwecke würden daher nach London Delegirte zu schicken sein, die durch ihre Zahl, die Mannigfaltigkeit der Länder und der Gewerbe, die sie vertreten, einen tiefen Eindruck auf die Trades-Unionisten dieses Landes hervorbringen müßten.

„Indem die fremden Delegirten mit Beharrlichkeit, Ernst und Wissenschaftlichkeit, ohne hohle Phrasen und heftige Deklamationen, aber mit der ganzen Kraft der Ueberzeugung, die aus gründlichen Kenntnissen entspringt, die erörterten Probleme einer sozialistischen Lösung zuführen, werden sie ein wichtiges Werk der Propaganda und Aufklärung thun. Sie werden die Vorurtheile beseitigen, die in den Köpfen der englischen Arbeiter durch unsere kapitalistischen Blätter gegen die Arbeiter des Kontinents großgezogen worden sind, und sie werden in wirksamster Weise dazu beitragen, den reaktionären Widerstand zu besiegen, den uns manche Trades Unionisten dieses Landes entgegensetzen.

„Wir rufen daher an alle unsere sozialistischen Freunde in der ganzen Welt und besonders an unsere deutschen Genossen den Aufruf und die Bitte, uns in unseren großen Bestrebungen ihren Beistand zu gewähren. Je weniger würdig unseren ausländischen Genossen die Führer der englischen Gewerkschaften erscheinen, um so nothwendiger wird es, daß unsere Freunde aus allen Ländern herbeikommen, um uns ihren Beistand zu leisten, wenn wir unter der großen Masse der Trades Unionisten eine gründliche Kenntniß der Grundsätze des Sozialismus zu verbreiten suchen."

Soweit das Cirkular der englischen sozialdemokratischen Föderation.

* * *

Eine ähnliche Haltung gedenken auch die **belgischen** Sozialisten zu beobachten.

Unsere Leser wissen bereits, daß der letzte Lüttticher Parteikongreß die Beschickung beider Kongresse, des englischen und des deutschen, beschloß. Ueber die Gründe dieses Vorgehens spricht sich ein längerer Aufsatz des bekannten Dr. Cäsar de Paepe aus, dem wir das Folgende im Wortlaut entnehmen:

„Es ist nunmehr eingetroffen, was wir schon seit lange befürchteten: die englischen Einberufer haben sich dafür entschieden, auf ihrem internationalen Kongreß nur die Mitglieder von Gewerkschaften oder Arbeitersyndikaten zuzulassen, und da sie von diesem Beschluß nicht abgehen wollen, so ist es den deutschen Arbeitern, deren Gewerkschaften fast sämmtlich auf Grund des „Sozialisten-Gesetzes" unterdrückt sind, unmöglich gemacht, auf dem Londoner Kongreß sich vertreten zu lassen. Ebenso — oder doch fast ebenso — liegt die Sache in anderen Ländern, besonders in Oesterreich. Unter diesen Umständen, die in der That ihre Partei und ihr ganzes Land vom Kongreß ausschließen, haben die deutschen sozialistischen Reichstags-Abgeordneten ein Manifest erlassen, in welchem sie die Sozialisten aller Länder ersuchen, den Londoner Kongreß als ein Ding der Unmöglichkeit zu betrachten und sich auf demselben nicht vertreten zu lassen. Zu gleicher Zeit richten sie an die Arbeiter-Assoziationen aller Länder die Bitte, Delegirte zu dem internationalen sozialistischen Kongreß zu entsenden, den sie für das Jahr 1889 in Aussicht genommen haben.

„Sicher ist es eine Thatsache, die nicht genug bedauert werden kann, daß die mächtige sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands auf dem Londoner Kongreß nicht zugegen sein wird. Das bedeutet in unseren Augen für den vollen Erfolg dieses Kongresses eine Lücke, die nichts, auch gar nichts ausfüllen kann. Es ist nicht möglich, daß sich ein Kongreß einen internationalen oder auch nur einen europäischen nennen kann, ohne daß Deutschland oder Oesterreich dabei vertreten werden. Und was würde eine internationale Fabrikgesetzgebung bedeuten — und diese soll doch den Gegenstand der Kongreß-Verhandlungen bilden, — wenn diese Nationen nicht dabei betheiligt sein würden?

„Trotzdem aber glauben wir nicht, daß man darum den Londoner Kongreß und seine Einberufer ignoriren solle, eher im Gegentheil, selbst bei der bedauerlichen Abwesenheit der deutschen Elemente wird der Londoner Kongreß Nutzen tragen, er wird in jedem Falle eine nützliche Vorbereitung zu dem Kongreß sein können, den unsere Genossen aus dem deutschen Reichstag für 1889 projektiren. Er wird die Gewerkschaften und Arbeiterverbände umfassen können, ohne welche die sozialistische Bewegung in der Mehrzahl der Länder jeder praktischen Bedeutung entbehren würde.

„Wir können es nicht oft genug betonen, daß die Frage der internationalen Fabrikgesetzgebung auf der einen Seite die rein wirthschaftlichen und berufsgenossenschaftlichen Arbeiterorganisationen, wie die Syndikate und Gewerkschaften, sehr nahe berührt durch die Natur der Fragen, welche sie regeln soll (Normalarbeitstag, Kinder-Arbeit, Minimallöhne u. dergl. m.), daß sie aber andererseits, indem sie durch Gesetz und durch internationale Verträge diese Reformen erreichen will, auch die politischen Arbeiter-Assoziationen und damit die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder nicht weniger nahe angeht. Die Gegenstände, welche der internationale Vertrag regeln soll, sind genau dieselben, welche die Arbeiter-Gewerkschaften auf ihrem Programm haben und für die sie täglich kämpfen. Ebenso bilden sie aber einen Theil des Programms der sozialistischen Partei und können niemals voll erreicht werden ohne Einschreiten der Gesetz-

gebung und Verwaltung, das heißt also: ohne politische Reformen.

„Daraus geht hervor, daß ein internationaler Gewerkschafts-Kongreß an sich ein sehr nützliches und berechtigtes Unternehmen ist, das unsren vollen Beifall findet; man muß ihm volle Berechtigung zuerkennen, und wenn man die Sache von dieser Seite aus betrachtet, so kann man auch verstehen, warum die Engländer grade einen Gewerkschafts-Kongreß einberufen haben. Wir belgischen Sozialisten, die wir zu unsrer Partei fast alle Syndikatskammern des Landes, und zwar grade die mächtigsten derselben, rechnen können, vermögen darum diesem Kongreß auch nur zuzustimmen und werden deshalb die Vertreter unsrer Gewerkschaften und Arbeiterverbände dahin entsenden.

„Aber der sozialistische Gedanke, der uns leitet, verpflichtet uns andrerseits auch, anzuerkennen, daß die Gewerkschafts-Bewegung nicht alles ist und daß der Sozialismus allein in radikaler Weise alle Arbeiterfragen lösen kann. Es ist daher unsre Pflicht, auch den von den deutschen Sozialisten einberufenen Kongreß zu beschicken und alles Mögliche aufzubieten, daß auch die englischen solches thun. Diese Mission der Versöhnung und des Friedens zwischen der englischen Gewerkschaftsbewegung und der deutschen Sozialdemokratie — zwischen dem, was Anseele eines Tages zwei ganz verschiedene Arbeiterwelten nannte, — diese Mission ist eine so hohe, daß wir uns ihr unbedingt unterziehen müssen. Zu verhindern, daß ein Zusammenstoß zwischen diesen beiden Welten möglich wird, ihnen als vereinendes Band zu dienen, — das ist es, was die belgische Arbeiterpartei thun kann! Sie wird für diese ihre Rolle bei dem jetzigen wichtigen Anlaß volles Verständniß zeigen!“

* * *

Neben den belgischen Arbeitern werden zweifellos auch die **französischen** den Gewerkschaftskongreß zahlreich beschicken. Die Masse der französischen Arbeiter wird, soweit sie überhaupt bereits zu selbständigem Leben erwacht ist, von den Possibilisten beherrscht. Diese haben aber von jeher gute Freundschaft mit den Broadhurst und Shipton gehalten, und — was im vorliegenden Falle noch mehr besagen will — sie haben den größten Einfluß auf die französischen Gewerkschaften. Gerade nach dieser Seite rächt es sich an den zielbewußten französischen Kollektivisten, daß sie über den Fragen der Agitation in Wort und Schrift die Förderung und Beeinflussung praktischer Organisationen vernachlässigt haben. An französischen Delegirten wird es also auch nicht fehlen.

Unter solchen Umständen dürften auch andere Nationen nicht mehr fernbleiben wollen, sodaß der englische Gewerkschaftskongreß zweifellos die Vertreter sehr vieler Länder umfassen und in diesem Sinne also gelingen wird.

Daran wird kaum noch etwas zu ändern sein und wir wollen nur wünschen, daß die Hoffnungen der englischen Sozialdemokraten auf eine den Trades Unionisten „imponirende“ sozialistische „Demonstration“ sich verwirklichen mögen.

Für heute beschränken wir uns darauf, nochmals auf die Ursachen hinzuweisen, welche nicht nur der deutschen sozialdemokratischen Partei, sondern auch den deutschen Fachvereinen die Beschickung des Londoner Kongresses im November dieses Jahres verwehren.

Die deutschen Fachvereine haben schon genug darunter zu leiden, daß sie von den Gerichten für „politische“ Vereine erklärt werden. Schon wenn sie in Deutschland irgendwie mit einander in Verbindung treten, oft nur durch Briefe und Erkundigungen der unschuldigsten Art — so haben sie tagtäglich die Auflösung zu erwarten.

Wie ganz anders erst, wenn sie sich mit der hochpolitischen Frage einer „internationalen Fabrikgesetzgebung“ abgeben wollten, und zu deren Förderung sich gar mit den Vertretern der Gewerkschaften anderer Länder auf einem allgemeinen Gewerkschaftstag zusammenfinden würden! Bloße, isolirte Petitionen an den Reichstag wegen Gefängniß- und Sonntagsarbeit haben den Gerichten bereits alle Hände voll zu thun gegeben; wir sehen wahrlich keinen Grund, ihnen neuen, längst sehnlich erwarteten Stoff zu weiteren und noch heftigeren Verfolgungen zu bieten.

Jede deutsche Gewerkschaft, die in einer Vereinsversammlung einen Delegirten wählen und denselben, mit bestimmten Forderungen an die Gesetzgebung für eine internationale Regelung des Arbeiterschutzes ausgerüstet, nach London senden wollte — und eine andere Form der Vertretung ist nicht zulässig — eine jede solche Gewerkschaft würde gleichzeitig ihr Todesurtheil unterschreiben.

Unter solchen Verhältnissen, und da die Schuld lediglich an dem für jeden anderen Vorschlag unzugänglichen englischen parlamentarischen Komitee lag, war es natürlich Pflicht der deutschen Arbeitervertreter im Reichstage, wenn irgend möglich auch die ausländischen Arbeiter von London fernzuhalten und sie zu um so zahlreicherer Beschickung des wirklich allgemeinen Arbeitertages im nächsten Jahre einzuladen. Mehr zu thun, stand nicht in den Kräften der Deutschen, und wenn die ausländischen Sozialisten sich trotzdem eine Förderung der Arbeiterinteressen von dem Londoner Kongreß versprechen, so wird den Wunsch ja Jedermann theilen, aber unsere Hoffnung auf dessen Erfüllung ist denn doch eine weniger feste.

Ueber den Beginn des belgischen Sozialistenkongresses

berichteten wir in letzter Nummer.

Aus der zweiten Sitzung wäre noch nachzutragen, daß beschlossen wurde, die Reisekosten derjenigen Mitglieder des Generalrathes die in der Provinz wohnen, durch die Allgemeinheit decken zu lassen, und zwar sollen die Bezirksverbände im Verhältniß der Zahl ihrer Mitglieder beisteuern.

Die dritte Sitzung fand am Montag Nachmittag statt.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Frage des Minimallohnes und Maximalarbeitstages. Eine große Anzahl von Delegirten nahm an der Diskussion theil; alle sind der Meinung, daß eine lebhafte Agitation zur Verwirklichung dieser grundlegenden Arbeiterforderungen zu eröffnen sei. Die Zeitungen sollen den Feldzug beginnen; Flugschriften sollen im Volke verbreitet werden, Redner und Agitatoren sollen sich in Versammlungen der gleichen Aufgabe widmen. Es wird auch auf die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für diese Zwecke hingewiesen und auf das Unrecht, das ein Arbeitsbruder gegen den anderen begeht, wenn er vierzehn oder fünfzehn Stunden arbeitet und so den Kollegen die Arbeit entzieht, die er selber verrichtet und schließlich mit vorzeitigem Alter und allgemeiner Lohnreduktion büßen muß. Die auf Antrag Volders' angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

> Der Kongreß verpflichtet die Arbeitervertreter, in den Gemeinderäthen und den sonstigen beschließenden Körperschaften, auf Annahme von Minimallöhnen und Maximalarbeitsstunden zu dringen;
>
> sie fordert die Gewerkschaften auf, bis zum nächsten Kongreß ihre ganze Agitationskraft dieser Frage zu widmen;
>
> sie empfiehlt allen Arbeitervereinen, Adressen an die Gemeinde- und Provinzialräthe zu richten, in denen Minimallohn und Normalarbeitstag gefordert wird;
>
> sie räth den Genossenschaften (Konsumvereinen, Produktivgenossenschaften), in ihren eigenen Betrieben diese Reformen durchzuführen und darauf zu halten, daß ihre Lieferanten das Gleiche thun.

Der letzte Punkt betraf die Betheiligung an Wahlen, insbesondere die Frage der Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien. Mehrere Delegirte, darunter die von Gent und Anvers, wollten jeden Kompromiß abgelehnt wissen; andere wieder meinten, daß ohne das allgemeine Stimmrecht Wahlbündnisse nicht zu vermeiden seien. Wie gewöhnlich in solchen Fällen, kam eine vermittelnde Resolution zur Annahme, die den einzelnen Wahlbezirken ihr Verhalten freistellt.

Ohne jegliche Debatte stimmte man endlich folgendem Antrag zu:

> Die während des ersten und zweiten April 1888 zum Kongreß versammelte belgische Arbeiterpartei fordert von den öffentlichen Gewalten ein Amnestiegesetz zu Gunsten der infolge des Streiks im März 1886 Verurtheilten; indem sie dieses Gesetz des Friedens und der Menschlichkeit erwartet, spricht sie zugleich den Wunsch aus, daß die Regierung gegen die verurtheilten Arbeiter einstweilen dieselbe Nachsicht üben werde, wie gegen den Exdeputirten Vandersmissen.

Damit schloß der in allen Theilen äußerst harmonisch verlaufene Arbeitertag.

Der nächste (fünfte) Jahreskongreß soll in Jolimont stattfinden.

Die possibilistischen Arbeitervertreter im Pariser Gemeinderath.

I.

Nicht nur die Gerechtigkeit und Billigkeit, sondern auch die Vollständigkeit des Bildes über die französischen Parteiverhältnisse erfordert es, auf das Leben und Wirken etlicher Männer einzugehen, die innerhalb der possibilistischen Partei eine hervorragende Stellung einnehmen. Es sind dies ausnahmslos keine Strategen, keine proletarischen Kriegswissenschaftler, welche der Bewegung für die Dauer den Stempel ihres Geistes aufdrücken, ihr die Bahnen vorzeichnen können, denen sie folgen muß, um zum Ziele zu gelangen. Dagegen sind es tüchtige Unteroffiziere und Hauptleute, welche mit Treue auf einem Posten stehen und Positionen verfechten, die vom prinzipiellen Gesichtspunkte aus leider als falsch gewählte bezeichnet werden müssen.

Je unentbehrlicher für den emanzipatorischen Kampf die Mitwirkung solcher Männer ist, je wesentlichere Bedeutung ihre Thätigkeit hat, um so mehr ist zu bedauern, daß dieselben theoretisch nicht auf der Höhe der sozialistischen Entwickelung stehen und daß demzufolge ein solcher Aufwand redlicher und aufopfernder Bemühungen auf nebensächliche Ziele zersplittert wird. Die unvollständige Beherrschung und unklare Auffassung der sozialen Verhältnisse und der sozialistischen Ziele stellt sie von vornherein in Abhängigkeit von einem gegebenen Schlagwort, das sich leider nicht immer im Einklang mit den Grundsätzen der zielbewußten Arbeiterpartei befindet.

Während die hervorragendsten Theoretiker und Agitatoren der französischen Bewegung einen entschiedenen Mangel an organisatorischen Fähigkeiten zeigen, macht sich wieder bei den Männern der Praxis, die Talent als Organisatoren bekunden, die mangelnde theoretische Durchbildung empfindlich geltend. Der Mangel auf beiden Seiten könnte leicht durch ein ergänzendes Hand in Hand gehen ausgeglichen und verwischt werden, aber zur Stunde halten die leidigen Personenfragen die sozialistische Masse in zwei Lager gespalten, in denen auf kollektivistischer Seite Theoretiker, ohne starke Organisationen hinter sich, und auf possibilistischer Seite Organisationen ohne theoretische Klarheit und prinzipienfeste Haltung zu finden sind.

Hat in den vorausgehenden Skizzen das Wirken der „kollektivistischen“ Theoretiker eine eingehendere Darstellung erfahren, so muß auch die Thätigkeit der „possibilistischen“ Praktiker und Organisatoren kurz gezeichnet werden. Und wenn dieselbe vielfach Anlaß zu Kritik bietet, so wird sie doch nicht etwa vom Standpunkte des Heuchlers ausgeübt, der, den Splitter in des Bruders Augen bemerkend und für den eigenen Balken blind, mit pharisäerhafter Ueberhebung Gott dankt, daß er nicht ist, wie dieser Zöllner, sondern mit tiefem Bedauern der Schwierigkeiten, welche durch die betreffenden Verhältnisse dem Siegesmarsche der französischen Bewegung in den Weg gelegt werden.

Den Maßstab für die Beurtheilung der beiden Fraktionen und ihrer Vorkämpfer kann einzig und allein das Parteiprogramm bieten und die Stellungnahme, welche Kollektivisten und Possibilisten ihm gegenüber bekunden. Die Schwächen und Fehler der französischen Genossen vertuschen, hieße dem Sozialismus überhaupt schlecht dienen. Wenn es je Parteien gegeben, die für ihre praktische Entwickelung aus der Kritik Nutzen gezogen, so sind es gerade die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder gewesen. Von Brousse abgesehen, zählen die Possibilisten in ihren Reihen eine ganze Anzahl von Männern, die ganz tüchtige und energische Kräfte zweiten Ranges sind, wir nehmen aus ihnen Joffrin, Dumay, Allemane und Chabert heraus.

Jules Joffrin, seines Zeichens Mechaniker, war der erste Klassenkandidat der französischen Arbeiterpartei, dem seine Wähler Sitz und Stimme in einer bedeutenden öffentlichen Körperschaft, im Conseil municipal, Gemeinderath von Paris, erkämpften. Joffrin ist 1846 im Departement Aube geboren und nahm seit 1868 thätigen Antheil an allen Demonstrationen gegen das Kaiserreich. 1869 war er Mitglied des Komitee's für Rochefort's Wahl und unterzeichnete den Wahlaufruf zu Gunsten Gambetta's. Die 1868 gebildete Gewerkschaft der Mechaniker zählte Joffrin unter ihren ersten und eifrigsten Mitgliedern.

Nachdem er während des Kriegs in der Mobilgarde eingereiht gewesen, gehörte er unter der Belagerung dem „Aufsichtsausschuß“ und Waffenkomitee vom Montmartre an. Mit Ferré, Jaclard und anderen zusammen rief er am Morgen des 18. März die Bevölkerung des 18. Arrondissements zu den Waffen und vertheidigte die Kanonen der „Buttes Montmartre“. Er kämpfte darauf in der Nationalgarde, bis er von den Mitgliedern der Kommune, welche das Quartier Montmartre vertraten, den Auftrag erhielt, mit sechs anderen Bürgern zusammen die Militärkommission des Arrondissements zu bilden. Voller Muth und Energie that er seine Schuldigkeit während des heroischen Todeskampfes der Kommune, er befand sich mit dem General La Cecilia unter den letzten Vertheidigern des Montmartre und suchte dann dem ihm zugestellten Befehl gemäß die Mairie des Viertels so lange als möglich zu halten. Mit vier seiner Kollegen von der Militärkommission durch die Versailler umstellt, entging er nur wie durch ein Wunder der Erschießung und fand in der Umgebung von Paris ein sicheres Versteck, von dem aus er England gewinnen konnte, wo er neun Jahre lang im Exil lebte und als Mechaniker arbeitete.

Er widersetzte sich konsequent allen offiziösen Schritten, die seine Rückkehr nach Frankreich beschleunigen konnten, und protestirte mit Lissagaray und Vallès ꝛc. zusammen gegen das Rundschreiben Le Royer's. Er kehrte erst mit den letzten Amnestirten im April 1880 nach Paris zurück, wo er sofort in den Kampf eintrat, den die junge Arbeiterbewegung aufgenommen. Joffrin befürwortete besonders energisch die Kandidatur des zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilten Kommunemitglieds Trinquet, welche den Erfolg hatte, der Kammer die Annahme einer allgemeinen Amnestie zu entreißen.

Joffrin ward bald einer der thätigsten Agitatoren und Organisatoren der sozialistischen Partei, die er auf verschiedenen nationalen und internationalen Arbeiterkongressen vertrat. Jedoch ließ ihn ein hervorstechender Zug von Selbstgefälligkeit, um nicht zu sagen Eitelkeit gänzlich unter den zersetzenden Einfluß Brousse's gerathen, der ihn mitten in die persönlichen Ränke hineinzog und zu seinem treuesten und gehorsamsten Werkzeuge umschmiedete. Wie ihn die angedeutete Schwäche gegen die geistige Ueberlegenheit von Guesde und Lafargue ankämpfen ließ, die den strengen Marxismus vertraten, so machte ihn die abgehende tiefere sozialistische Durchbildung, die allein eine selbständige Beherrschung der sozialistischen Theorieen ermöglicht, sowie eine gewisse Beschränktheit der Auffassung dem sozialistischen Opportunismus zuneigen, der von Brousse in die Bewegung geschleudert wurde, um den Einfluß seiner Gegner zu brechen. Wenn Brousse der Allah des Possibilismus ist, so repräsentirte Joffrin dessen Propheten, den fanatischsten seiner Apostel, der den übrigen sozialistischen Fraktionen leidenschaftliche Intoleranz entgegenbringt und von keiner Vereinigung etwas wissen will, der die Steckenpferde des Possibilismus mit besonderer Zähigkeit reitet und sich lieber dem reaktionären Theil der englischen Trades-Unions in die Arme wirft, als solidarisch mit der deutschen Sozialdemokratie, die auf dem ††† Marxismus fußt, vorzurücken.

Vor und nach der Spaltung der Partei hat er nicht nur im Mittelpunkte der persönlichen Intriguen gestanden, sondern er hat sich auch mit erstaunlicher Beweglichkeit der Ueberzeugung den verschiedenen zeitlichen und örtlichen Programmänderungen seiner Gruppe angepaßt. So ist er

z. B. bei verschiedenen Wahlen bald als „sozialrevolutionärer Kandidat“ und bald als einfacher, harmloser „Arbeiterkandidat“ aufgetreten und hat seinen Sozialismus sogar soweit entmannt, die Forderung eines achtstündigen Normalarbeitstages aus seinem Programm zu streichen, um sie dann allerdings bei der nächsten Wahlperiode gnädigst wieder aufzunehmen. Solche Thatsachen schienen bei dem der Arbeitersache ehrlich ergebenen und ihr seine beste Kraft widmenden Manne unbegreiflich, wenn nicht die angedeuteten Eigenthümlichkeiten seines Wesens und seiner Entwickelung den Schlüssel für seine Haltung bieten würden.

Nachdem Joffrin bei verschiedenen Reichs- und Gemeindewahlen von seiner Partei als Klassenkandidat erklärt worden, wählte ihn das Viertel der „Grandes Carrières“ (18. Arrondissement, Montmartre) im Mai 1882 in den Pariser Stadtrath. Bei den nächstfolgenden Munizipalwahlen 1884 fiel er bei der Stichwahl trotz einer starken Majorität durch, kam aber durch eine Nachwahl abermals in die betreffende Körperschaft, für die ihm auch die letzten Wahlen von 1887 ein Mandat sicherten.

Seine Thätigkeit und seine Haltung im Stadtrath ist ein Beweis mehr für die Thatsache, welche übrigens von den Arbeitervertretern anderer Länder bereits glänzend dargethan ist: daß die Angehörigen des vierten Standes durchaus fähig sind, an der Berathung und Leitung des öffentlichen Lebens vollen Antheil zu nehmen, daß sie weder an Verständniß, noch Eifer, würdiger Haltung und Reinheit der Absichten hinter den Klassen zurückstehen, die bis jetzt die Gestaltung des öffentlichen Lebens in ihren Händen monopolisirten.

Joffrin ist im Stadtrath stets für die Interessen der französischen Arbeiterschaft eingetreten, allerdings in der Hauptsache von jenem beschränkten und im sozialistischen Sinne prinzipienlosen Standpunkte aus, der das Wesen des Possibilismus selbst bildet. Wenn man seinem regen Eifer, seinem nie rastenden guten Willen, der Uneigennützigkeit seiner Bestrebungen alles Lob widerfahren lassen muß, so kann man doch nicht umhin, seinem Wirken in Bezug auf den Sozialismus einschränkende Reserve entgegen zu bringen. Die meisten der Anträge, die er eingebracht hat, und die zum Theil angenommen worden sind, fußen nicht auf den Prinzipien des Havre Programms, decken sich nicht einmal mit dessen „sofort zu verwirklichenden“ Forderungen, sondern tragen den Stempel kleinbürgerlichen Flickwerks, das zwar momentan dem oder jenem Bruchtheil der arbeitenden Bevölkerung einen kleinen Vortheil verschafft, der als Tageserfolg auf die „Fraktion“ zurückstrahlt, der aber für Ausbreitung und Klärung der sozialistischen Ideen ohne Belang oder geradezu schädlich ist. Alle jene Bastarde kleinbürgerlicher Utopistereien und gewerkschaftlicher Bornirtheiten, wie „services publiques“ (Staats- und Gemeindebetriebe), „Handarbeiterkandidaturen“, Errichtung kommunaler Fleischereien, Bäckereien ꝛc., und wie sie alle noch heißen, die sozialen Pflästerchen aus der Apotheke des Possibilismus, haben in Joffrin einen zelotischen Vertheidiger und Vorkämpfer gefunden.

Dies Unverständniß, den sozialistischen Zielen gegenüber ist um so mehr zu bedauern, als Joffrin, wie bereits hervorgehoben, unermüdlich, energisch und gewandt für seine Ideen eintritt, nicht nur in Clubs und Versammlungen eine lebhafte Agitation und Propaganda unterhält, sondern auch gut zu organisiren versteht. Joffrin ist ein geschickter Redner, der die Masse zu fesseln weiß, wenn er ihr auch mehr geschickt gefaßte Schlagworte bietet, als daß er eine tiefe und belehrende Idee einheitlich entwickelt. Seine Kraft ist jedenfalls eine schätzenswerthe, die ihn zum volksthümlichen Agitator und Organisator bestimmte, dessen Wirksamkeit weit nachhaltiger und tiefergehend sein würde, wenn sie von klarer theoretischer Erkenntniß getragen, direkt auf das Hauptziel einer Arbeiterbewegung lossteuerte, anstatt sich auf Seitenwege zu verirren und sich an Personenfragen und Palliativen zu zersplittern.

Die Kulis in den Vereinigten Staaten.

Was das Volk will, ernstlich, beharrlich, unverdrossen erstrebt, das muß doch schließlich werden. Man sagt, die Regierung der Vereinigten Staaten sei eine solche der „öffentlichen Meinung.“ Das ist in gewissem Sinne wahr. Sie geht ihr nicht voraus, eine Revolution von oben giebt es hier nicht. Aber folgen muß sie der „öffentlichen Meinung“ und unterschreiben, was diese verlangt.

Die Geschichte der Agitation gegen die Chinesen beweist es.

Die Kulis waren nothwendig zum raschen Bau der Pacific-Bahnen; solange sich ihre Thätigkeit darauf beschränkte, war kein Einwand gegen ihr Dortsein. Aber nachdem diese Bahnen vollendet waren, wandten sie sich der Industrie zu und traten in Mitbewerb mit den weißen Arbeitern an der Pacific- (Stillen Ozean) Küste, welche an hohe Löhne gewöhnt waren.

In den siebziger Jahren begann daselbst die Agitation zu Gunsten ihrer Ausschließung, und was man auch gegen Kearney, den Hauptagitator auf diesem Gebiete, sonst sagen mag, das Eine muß man ihm lassen, daß er ein Jahrzehnt die unermüdlichste Propaganda trieb und die „öffentliche Meinung“ sehr bedeutend zu Gunsten der weißen Arbeiter beeinflußte.

Gewaltige Interessen waren zu besiegen. Die Kapitalisten des Westens schwärmten für die billigen und fügsamen Kulis; die Kapitalisten des Ostens wollten nichts von der Ausschließung der Chinesen wissen, weil sie Gegenmaßregeln von China, namentlich die Gefährdung des Handels, fürchteten. Dazu gesellte sich ein starker kirchlicher Einfluß, der mit dem ersteren zusammenhing, und last, but not least: die „Damen“ der oberen Zentausend sahen in den Kulis eine Lösung der „Dienstboten-Frage“ in ihrem Sinne, nämlich unterwürfige und billige Hausssklaven zu bekommen.

Die Arbeiter-Bevölkerung des Ostens, die unmittelbar von der monogolischen Konkurrenz nicht berührt wurde, stand ferner lange derjenigen an der Pacific-Küste nicht energisch genug zur Seite.

So mußte sich diese vorerst darauf beschränken, den Chinesen an Ort und Stelle durch allerhand chicanöse Vorschriften das Leben sauer zu machen oder auch geradezu zur Gewalt gegen sie zu greifen. Die Thatsache, daß die Gegner der Chinesen-Einwanderung als „Arbeiterpartei“ zeitweilig die Stadt San Franzisko und den Einzelstaat Californien beherrschten, konnte ihnen aber bei den mangelnden Vollmachten derselben in dieser Frage nicht viel helfen.

Die Bundesgewalt — „Reichs“gewalt würden wir in Deutschland sagen — mußte angerufen werden. Sie gegen die erwähnten Einflüsse, man kann wohl sagen, gegen das ganze kapitalistische Interesse und einen großen Theil des kirchlichen Elements zu erobern, war sicherlich keine Kleinigkeit, um so mehr, da auch ein internationaler Vertrag im Wege stand. Und doch gelang es. Im Jahre 1882 kam das erste, einige Jahre später das verbesserte Chinesengesetz. Das Veto des Präsidenten und der Widerstand der Gerichte waren zu besiegen, aber es ging.

Dann begann der Kampf um die Durchführung des Gesetzes, noch schwieriger als der um ihre Annahme.

Die Chinesen-Gesetze sind unzweifelhaft vielfach umgangen worden. Nach dem Ausweis der Hafenbehörden in San Franzisko landeten vom 5. August 1882 an, dem Tag, an welchem das erste in Kraft trat, bis zu Ende 1887 im Ganzen 36 989 Chinesen mit Attesten, welche bescheinigen sollten, daß sie vor dem Erlaß des Gesetzes bereits im Lande waren. Wahrscheinlich sind Tausende von ihnen auf falsche Angaben in's Land gekommen. Auch über die canadische Grenze, von Norden her, mögen Viele eingeschmuggelt worden sein. Aber wenn das Gesetz nicht erlassen worden wäre, dann befänden sich statt der 105 613 Chinesen, die der Census von 1880 aufführt und deren Zahl sich, wenn überhaupt, nur unbedeutend vergrößert haben kann, heute wahrscheinlich etliche Millionen von Kulis im Lande.

Die Agitation, die Einwirkung auf den Souverän „öffentliche Meinung“, ist deshalb nicht eingestellt worden. Der Standpunkt, den Präsidentschaftskandidaten zu ihr einnahmen, war von Bedeutung für ihre Wahl. Die Senatoren und Repräsentanten von der Pacificküste waren gezwungen, die Frage im Kongreß offen zu halten und keine Sitzung desselben ist vergangen, in welcher sie nicht eine Rolle spielte.

Auch dem jetzigen Kongreß liegen eine Anzahl Bills (Gesetzentwürfe) zur Verschärfung des Chinesengesetzes vor und es gab — mit Hinblick auf die Wahlen — ein förmliches Wettlaufen zwischen Republikanern und Demokraten, sich gegenseitig den Wind aus den Segeln zu nehmen. Kaum war der Kongreß in Sitzung, als schon der Millionärssenat mit einer formellen Aufforderung an den Präsidenten heranrückte, einen Vertrag mit China abzuschließen, welcher chinesische Arbeiter vom Betreten des Landes ausschließe. Der dicke Mister Cleveland, der Präsident, war aber auch nicht faul gewesen und in der Lage, anzuzeigen, daß solche Verhandlungen bereits schweben. Die Wählerstimmen der Pacificstaaten sind nämlich ein äußerst wichtiger Punkt in den politischen Berechnungen der beiden Cliquen.

Kürzlich wurde angekündigt, daß dieser Vertrag unterzeichnet worden sei. Die absolute Ausschließung der Kulis ist zwar nicht erreicht worden, doch sind die Bedingungen für ihre Zulassung, — der Nachweis einer Familie oder eines (Grund)-Besitzes im Werth von tausend Dollars in Amerika — so drückend, daß mit diesem Vertrage die Chinesenfrage als „gelöst“ betrachtet werden darf.

Die Agitation für die Ausschließung der Chinesen hat so beiläufig fünfzehn Jahre in Anspruch genommen, wobei allerdings zu beachten ist, daß sie in der ersten Hälfte lokaler Natur war. Bei allen Gesetzlichkeitsbetheuerungen ging es dabei auch häufig durchaus nicht so gemüthlich zu. Gewaltsame Austreibungen der Chinesen, Massakers derselben sogar, waren nicht so selten.

Nach unserem Dafürhalten ist die Ausschließung des asiatischen Kuli-Mitbewerbes vom amerikanischen Kontinent der erste große Erfolg der amerikanischen Arbeiterklasse, die dabei die alten Parteien gezwungen hat, sich ihr dienstbar zu machen.

Politische Nachrichten.

Der preußische Landtag hat am Mittwoch seine am 21. März ausgesetzten Sitzungen wieder aufgenommen.

Die in Bouches-du-Rhone in Frankreich stattgefundene Wahl Felix Pyat's in die französische Kammer wird von dem Unternehmerthum aller Länder als eine Gefahr für die Republick bezeichnet. Es ist dies ein beliebtes Mittel der französischen Bourgeoisie, jede Opposition, jede Volkskundgebung gegen die privilegirten Klassen als eine Gefahr für die Republik zu denunziren. Jeder, der querköpfig genug ist, um nicht einzusehen, daß die jetzige Republick die beste, und daß das französische Volk das glücklichste sei, ist ein Feind der Republik, ein Agent der Monarchisten. Dieses Mittel hat sich bis jetzt bewährt und ist so alt wie die jetzige Republick; wir würden es auch nicht erwähnen, wenn nicht gelegentlich die Wahl des „Anarchisten“ Pyat auch die deutsche Presse in das Geheul ihres französischen Geschwisters mit einstimmen würde über die angebliche Gefahr, welche diese Wahl für die Republick bildet. Die deutsche, „monarchische“ Presse vergießt Thränen über die gefährdete „Republik!“ Sie, die im eignen Lande in jedem freiheitlich gesinnten Menschen eine Gefahr für die „Monarchie“ denunzirt. Diese Heuchelei kann nicht genug gebrandmarkt werden. — Und wenn sie wenigstens dabei nicht so viel lügen würde. Es ist nämlich erlogen, daß Pyat ein „Anarchist“ ist. Felix Pyat ist ein kleinbürgerlicher Revolutionär der alten Schule, der dem Sozialismus aus Herzensgüte nahe steht, der aber jedes genaueren Einblicks in ökonomischen Dinge entbehrt und weder Sozialist noch Anarchist genannt werden kann. In letzter Zeit hat ihn die chauvinistische Phrase ganz bedenklich gefangen genommen. Er ist ein ehrlicher Kerl — der Rest ist Deklamation. Mit der Bezeichnung „Anarchist“ will die deutsche Presse die politischen Kinder wieder einmal gruseln machen.

Das englische Oberhaus dürfte nicht lange mehr in seiner jetzigen Gestalt bestehen; selbst bis in die konservativen Kreise hinein regt sich die Unzufriedenheit mit dieser „Volksvertretung“, die in der That fast noch schlimmer ist wie das preußische Herrenhaus. Das „Haus der Lords“ in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zählt 540 Mitglieder, die, mit Ausnahme der Bischöfe und neugeschaffenen Peers, sämmtlich ihren Sitz ererbt haben. Im Einzelnen enthält dasselbe, die 15 „minder“jährigen Peers nicht eingerechnet, vier Prinzen des königlichen Hauses, nämlich den Prinzen von Wales, dessen Brüder, die Herzöge von Edinburg und Connaught (während der Sohn des jüngsten Bruders, der gegenwärtige Herzog von Albany, noch nicht 4 Jahre alt ist), und den Herzog von Cambridge. Dazu kommen in folgender Rangordnung: 2 Erzbischöfe (von Canterbury und von York), 22 Herzöge, 19 Marquis, 114 Earls (Grafen), 28 Viscounts, 24 Bischöfe, 286 Barone. Die letzteren werden im gewöhnlichen Leben stets, die anderen mit Ausnahme der Herzöge häufig einfach mit „Lord“ bezeichnet. So kommt es, daß der gegenwärtige Premierminister, der Marquis von Salisbury, eben so oft einfach „Lord“ Salisbury genannt wird. Einen offiziellen Lordstitel giebt es nicht, Lord ist nur der Gesammtbegriff der Mitglieder des höheren Adels. Alle englischen „Lords“ sind damit zugleich „Peers“, d. h. Mitglieder des Hauses der Lords. Dazu gehören dann ferner noch 16 schottische „Representative Peers“, die von dem schottischen Adel für die Dauer eines Parlaments, und 28 irländische Peers, die auf Lebenszeit gewählt worden sind. Da man mit der Peerswürde durchaus nicht immer politischen Verstand erbt, so kann man sich ungefähr das geistige Niveau mancher dieser hohen Herrn vorstellen, von denen übrigens viele sich weise hüten, jemals im Oberhause zu erscheinen. Da ist z. B. ein vielgenannter Herzog, der es augenscheinlich für eine standesgemäße Leistungsfähigkeit hält, in möglichst vielen Ehescheidungsprozessen aufzutreten; da ist jener edle Marquis, der, aus dem „Jockeyklub“ ausgestoßen, sich auf keinem Rennplatze mehr blicken lassen darf, von Rechtswegen aber, sofern er den Muth dazu hat, jeder Zeit in das Haus der Lords kommen kann, um Gesetze für das Gemeinwohl des Volkes zu geben! Hoffentlich wird diese politische Rumpelkammer recht bald nicht nur gesäubert, sondern ganz beseitigt.

Die italienische Regierung erlebt wenig Freude an ihren Kolonialunternehmungen: die ostafrikanische Expedition kehrt wohl bald wieder zu Muttern zurück. Die erhofften „Lorbeern“ auf den abessinischen Schlachtfeldern sind ausgeblieben und nicht einmal der Tod der Gefallenen von Dogali hat seine „Sühne“ erfahren. Die Millioner, welche die italienische Regierung für die Ausrüstung des Expeditionskorps geopfert hatte, sind nutzlos in das Meer geworfen worden — wie das gewöhnlich bei solchen Abenteuern geschieht.

Jetzt sollen endlich durch eine internationale Vereinbarung die Zuckerprämien in den europäischen Staaten abgeschafft werden. Die europäischen Steuerzahler bringen bekanntlich wahre Unsummen an Prämien für die „nationale“ Zuckerausfuhr ihrer Rittergutsbesitzer und Agrarier auf. Es werden in den verschiedenen Ländern für 100 Kilo exportirten Zuckers bis zu Mk. 12,80 Prämie, von Mk. 3,50 herauf, gezahlt. Ein deutsches Fachblatt schlägt in Uebereinstimmung mit dem Londoner Economist die Durchführungsschwierigkeiten der geplanten Konvention nicht hoch an und hat die Steuererleichterung für die deutschen Konsumenten nach Annahme der Konvention und bei rationeller Festsetzung der Zuckersteuer mit rund 40 Millionen Mark, für die österreichischen mit 7,7 Millionen Gulden, für die französischen mit nicht weniger als 140 Millionen Francs, für die niederländischen mit 5,2 Mill. Gulden beziffert. Man gelangt bei Zusammenrechnung aller dieser Beträge beinahe zu Milliarden, die bisher theils den englischen Konsumenten durch die billigen Preise, theils den konservativen Zuckersiedern zu gute kamen.

Die Absperrung der Nationen gegeneinander durch Schutzzölle schreitet in Europa rüstig vorwärts, während in den Vereinigten Staaten die Freihändler an Boden gewinnen. Dem zwischen Oesterreich-Ungarn dun Rumänien seit langer Zeit bestehenden Zollkriege ist ein solcher zwischen Italien und Frankreich zugetreten. Die

Lyoner Seidenindustrie wird einen Theil der Kosten tragen, weil Italien nach Franreich sehr bedeutende Mengen von Rohseide ausführt. Italien wird seinerseits durch die eigene Industrie, wenn überhaupt, erst nach sehr langer Zeit die Artikel selbst erzeugen können, welche es bis jetzt aus Frankreich bezogen hat und deren weiterer Bezug zu annehmbaren Preisen durch die Höhe der Kampfzölle nicht mehr möglich sein wird. Die ungünstige Wirkung wird sich voraussichtlich in kürzerer oder längerer Zeit in beiden Staaten in solchem Grade geltend machen, daß ein Friedensschluß unausbleiblich erscheint. Die schweren Nachtheile des Kriegszustandes werden aber ungedeckt bleiben. Inzwischen denken die Industriellen Oesterreichs bereits an eine Theilung der Beute. Italien wird, so hofft Oesterreich, zur Deckung der aus Frankreich bezogenen Industrieartikel sich nach Oesterreich und Deutschland wenden müssen, und diese Länder werden dann große Vortheile aus dem französisch-italienischen Zollkriege ziehen. — In der Schweiz tritt der neue schutzzöllnerische Tarif am 1. Mai d. J. in Kraft; durch denselben wird der größte Theil der 413 Positionen des bisher bestandenen Tarifs in einer Weise erhöht, daß das Schutzzollsystem zu voller Geltung kommt. Das vorige Jahrhundert schloß mit den idealsten Träumereien über Weltbürgerthum und Verbrüderung aller Nationen, unser Jahrhundert hat auch diesen bürgerlichen „Illusionen" ein rasches Ende bereitet.

Haussuchungen in Berlin. Am Dienstag Vormittag fanden in der Wollinerstraße 3 bei W. Nackwitz, Dachdecker, und Tischler Thierbach, Rheinsbergerstraße 29, Haussuchungen statt. Bei Erstgenanntem wurden 10 Exemplare der Internationalen Bibliothek, sowie ca. 150 Hasencleverlisten beschlagnahmt. Bei Tischler Thierbach wurden mehrere Broschüren, sowie das Arbeiter-Lesebuch von Ferdinand Lassalle, Demagogie und Sozialdemokratie von Karl Frohme, nichts bedeutende Briefe, Gedichte und Flugblätter beschlagnahmt. Beide Behaussuchte sollen Mittwoch Vormittag eine Vorladung nach dem Molkenmarkt gehabt haben, wo sie die beschlagnahmten, aber nicht verbotenen Schriften zurückerhielten. — Charakteristisch für das Vorgehen der Polizei ist, daß einer bei Nackwitz zu Besuch sich aufhaltenden Verwandten alles beschlagnahmt, natürlich aber bald wieder zurückgegeben wurde.

Vereine und Versammlungen.

— Fachverein der Buchbinder und verwandter Berufsgenossen. Sonnabend, den 14. d. M., Abends 8½ Uhr, Vereinsversammlung im Restaurant Reyer, Alte Jakobstr. 83., Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. Perl über: „Die gesetzlichen Schranken der Vereins- und Versammlungsfreiheit". 2. Verschiedenes und Fragekasten. — Gäste willkommen.

— Verein der deutschen Maler, Lackirer, Anstreicher und verwandter Berufsgenossen. Filiale Berlin. Dienstag, den 17. April, Abends 8½ Uhr, bei Reyer, Alte Jakobstr. 83, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Augenarztes Dr. Wurm. 2. Fachschulabrechnung. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.

— Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgenossen. (Zahlstelle Berlin.) Generalversammlung am Mittwoch, den 18. April, Abends 8½ Uhr bei Lammer's, Kommandantenstraße 71/72. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Die Mitglieder, welche noch im Besitz von Sammellisten sind, werden ersucht, dieselben abzuliefern. Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand.

— Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler. General-Versammlung am Sonnabend, den 14. April, Abends 8 Uhr, im Lokal Michaelkirchstraße 39. Tagesordnung: 1. Vierteljahresabrechnung. 2. Neuwahl des gesammten Vorstandes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. — Das Mitgliedsbuch legitimirt. Es ist Pflicht sämmtlicher Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen.

— Fachverein der Former und verw. Berufsgenossen. Versammlung am Montag, den 16. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krieger, Wasserthorstr. 68. Tagesordnung: 1. Kassenabrechnungen von Anbeginn des Vereins. 2. Innere Angelegenheiten. 3. Ergänzungswahl. 4. Verschiedenes und Fragekasten. — Der Ueberschuß des am 14. d. M. stattfindenden Vergnügens in den Buggenhagen'schen Sälen wird den überschwemmten Kollegen (Formern) Elbings zugewandt.

— Verein Berliner Nagelschmiede. Sonntag, den 15. d. M., Vormittags 10 Uhr, Lichtenbergerstr. 21, bei Heise, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vierteljährlicher Kassenbericht. 2. Wie stellen sich die Meister zu unserem Lohntarif? 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

— Zentral-Kranken- und Begräbnißkasse für Frauen und Mädchen in Deutschland. (E. H. 26 in Offenbach.) Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 4 Uhr, außergewöhnliche Hauptversammlung im Restaurant Reyer, Alte Jakobstraße 83. Tagesordnung: 1. Vierteljahresbericht für das 1. Quartal 1888. 2. Wahl der Delegirten zur General-Versammlung am 10. Juni in Leipzig

— Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, Ortsverwaltung Berlin 6. Mitgliederversammlung am Montag, den 16. d. M., Abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Schayer, Brunnenstr. 40. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. — Heute, den 14. d. M.: 10jähriges Stiftungsfest der Kasse in der Philharmonie, Bernburgerstraße.

— Kranken- und Begräbnißkasse des Vereins sämmtlicher Berufsklassen (E. H.) Berlin 1. Versammlung am Sonnabend, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, Blumenstr. 78, bei Wollschläger. Tagesordnung: Anträge unh Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung. Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung sowie zu jeder Tageszeit beim Vorsitzenden Sasse, Hasenhaide 48, und beim Kassirer Schilling, Koppenstr. 48, aufgenommen.

— Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler (E. H. 3, Hamburg). Sonntag, den 15. April, Vormittags 11 Uhr: Große Matinee, Vorstellung und Konzert in Kaufmann's Variete. Zum Besten der Invalidenkasse.

— Zentralkrankenkasse der Maurer ꝛc. (Grundstein zur Einigkeit). Mitgliederversammlung am Sonntag, den 15. April, Vormittags 10 Uhr, im Neuen Klub-Haus, Kommandantenstr. 72. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1888. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 2. Die neue Zahlstelle ist Prinzen- und Gitschinerstraßen-Ecke bei Heuse. — Montag, den 16. April, Abends 8 Uhr, Versammlung, Wasserthorstraße 54 bei Rautenberg. Tagesordnung: Delegirtenwahl. Verschiedenes.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 8. Sonnabend, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Gottschalk, Badstr. 22. Tagesordnung: 1. Delegirtenwahl. 2. Innere Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimirt.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 5. Sonntag, den 15. d. M., Vormittags 10½ Uhr, Außerordentliche Mitgliederversammlung bei Ackermann, Lothringerstr. 81. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 1. Sonnabend, den 14. April, Abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl der Delegirten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes in dieser Versammlung zu erscheinen. — Ferner zur Kenntniß, daß die Zahlstelle Gneisenau- und Mittenwalderstraßen-Ecke (Destillation von Pahl) verlegt worden ist nach der Solmsstr. 52 (Restauration von Faulseit).

— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 7. Versammlung der Mitglieder am Sonnabend, den 14. April, Abends 8½ Uhr, Lindowerstr. 26, bei Jakob. Tagesordnung: Delegirtenwahl und Verschiedenes.

— Arbeitsnachweis der Zimmerer Berlins und Umgegend. Die zum Sonntag, den 15. April, nachgesuchte Versammlung mit der Tagesordnung: Innere Angelegenheiten des Nachweises, ist nicht genehmigt worden. Die Nachsuchung wird infolge dessen auf einen Wochentag geschehen und zwar zum Dienstag, den 17. April.

— Der Verband deutscher Zimmerleute, Lokalverband „Berlin Süd", feiert am Sonnabend, den 14. d. M., in Renz' Ballsalon, Naunynstr. 27, sein zweites Stiftungsfest. Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern, sowie bei Herrn Maliche, Adalbert- und Naunynstraßen-Ecke, zu haben. Herren zahlen 50 Pf., Damen 25 Pf. Anfang 9 Uhr Abends.

— Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38. Sonntag, den 15. April, Vormittags 10¼ Uhr, Vortrag des Herrn Bogtherr über: „Die Lebensziele der Menschheit". Damen und Herren als Gäste willkommen. — Am Montag, den 16. d. M., Abends 8½ Uhr, findet Rosenthalerstr. 38 eine beschließende Versammlung der Mitglieder statt. Tagesordnung: Wahl eines Religionslehrers u. s. w.

Briefkasten.

Die auswärtigen Spediteure bitten wir, mit den Abrechnungen nicht zu säumig zu sein.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, dass unser Kollege
Paul Schimski
im Alter von 27 Jahren am 9. April an der Lungenschwindsucht gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Kollegen der Werkstatt **Müller & Co.**

Cigarren- und Tabaks-Fabrik
von
H. Gumpel,
Berlin N.O., Barnimstr. 42.
Lager von Rauch-, Kau- und Schnupftabak, sowie russischer und türkischer Cigarretten.

Nach dem Umzug!
Erlaube mir, alle geehrten Hausfrauen auf mein **Seifengeschäft, Naunynstraße 74,** ganz ergebenst aufmerksam zu machen.
S. Thusius.

C. Wildberger
Tapezierer und Dekorateur
Berlin S., Kommandantenstr. 60,
empfiehlt sich zur Anfertigung von **Polster- und Dekorationsarbeiten** in der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung, sowie zum **Umpolstern** ꝛc. und Neuarrangiren von **Gardinen** unter Zusicherung solid. Arbeit bei bill. Preisen.

Cigarren- und Tabak-Fabrik
von
Ballmüller & Steinicke,
Ackerstraße 22, Hof pt.,
neben der Markthalle.
Sonntags bis 2 Uhr Nachmittags geöffnet.

Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal,
Frühstück, Mittagtisch nach Auswahl 45 Pf.
Abendtisch nach Auswahl 30 Pf.
Vereins-Zimmer zu vergeben.
Herm. Liewald, Mariannenstr. 46.

Cigarren u. Tabake
reichhaltiges Lager
von
C. Klein.
15. Ritterstraße 15.
Daselbst Zahlstelle der Gürtler u. Bronceure (E. H. 60.)

Billige Reste für Herrenhosen u. Jaquett's, sowie Reste für Damenregenmäntel, Jaquetts, Kleiderstoffe ꝛc. ꝛc. **A. Karle, Lausitzerpl. 1.** Ecke Waldemarstr. im Keller.

Für Velten.
Abonnements auf die „Berliner Volks-Tribüne" nimmt entgegen
Frau Warttig, Kochstraße 19.

Große öffentliche Schuhmacher-Versammlungen
1) am **Sonntag,** Vormittag 10 Uhr, im **Central-Hotel,** Dorotheenstr. 19—21.
2) am **Montag,** Abends 8½ Uhr, in **Habel's Brauerei,** Bergmannstr. 6.
3) am **Montag,** Abends 8½ Uhr, bei **Fey,** Brunnenstr. 140.

An die Schuhmacher außerhalb Berlins ergeht die Bitte, Zuzug fern zu halten.

Die von Mitgliedern des Fachvereins gegründete
Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft
der Schneider zu Berlin (E. G.)
30 Zimmerstrasse 30
empfiehlt sich einem **geehrten Publikum zur Anfertigung von Herren-Garderoben** jeder Art. Reichliche Auswahl in- und ausländischer Stoffe.
Reelle Bedienung, guten Sitz, solide Preise garantirt der Vorstand.
Gleichzeitig machen wir auf unser reichhaltiges Lager: Frühjahr- und Sommerpaletots, aufmerksam. Um zu räumen herabgesetzte Preise!

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte
Uhrenfabrik
von
Max Busse
157. Invaliden-Strasse 157,
neben der Markthalle,
verkauft jetzt **sämmtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.** Für **jede Uhr** wird reelle **Garantie** geleistet.
Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von
Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren
zu **fabelhaft billigen Preisen.**
Spezialität: Ringe.
Reparaturen an **Uhren** und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Verband deutscher Mechaniker und verw. Berufsgenossen.
(Zahlstelle Berlin.)
General-Versammlung
am **Mittwoch, 18. April,** Abends 8½ Uhr, bei **Lammers, Kommandantenstr. 71—72.**
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Die Mitglieder, welche noch im Besitz von Sammellisten sind, werden ersucht, selbige abzuliefern. Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Vergolder und Fachgenossen.
Versammlung
am **Montag,** den 16. April, Abends 8½ Uhr, bei **Scheffer,** Inselstr. 10.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Wahl eines Schriftführers und eines Beisitzenden. 3. Verschiedenes.
Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin II., Stockbranche.
Mitglieder-Versammlung.
Montag, d. 16. d. M., Abends 8 Uhr, in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung:
1. Geschäftliches.
2. Vierteljährlicher Kassenbericht.
3. Vortrag über englische Gewerkschaften oder Trades Unions.
4. Verschiedenes.
Die Fachzeitung gelangt zur Ausgabe. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.

Fachverein der Rohrleger.
Versammlung
am **Sonntag, den 15. April,** Vormittags 10 Uhr, in **Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75.**
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Hundt über Zweck und Ziele des Sanitätsvereins für Arbeiter beiderlei Geschlechts.
2. Freie Diskussion.
3. Fragekasten und Aufnahme neuer Mitglieder.
NB. Außerdem machen wir auf das am Sonnabend, den 5. Mai cr., im obigen Lokal stattfindende Stiftungsfest alle Kollegen, Gönner und Freunde des Vereins aufmerksam. Billets, Herren 50 Pf., Damen 25 Pf., sind in der Versammlung zu haben.
Der Vorstand.

Verband deutscher Zimmerleute.
Lokal-Verband Berlin Nord,
Mittwoch, d. 18. d. M. Abends 8½ Uhr, Cöslinerstr. 17.
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag über: „Die Trauer um die Todten bei den verschiedenen Völkern der Erde", Herr Dr. Baumgart.
2. Wahl eines Schriftführers.
3. Verschiedenes und Fragekasten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste sind willkommen.
Da zwei Versammlungen ausfallen mußten, werden die Mitglieder ersucht zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Arbeitsnachweis für Tischler.
Der vom Fachverein der Tischler begründete Arbeitsnachweis befindet sich **Alte Jakobstr. 38** im Restaurant Schumann. Die Arbeitsvermittelung geschieht für Meister und Gesellen (auch Nichtmitglieder des Vereins) **unentgeltlich.** Die Adressenausgabe erfolgt **an Wochentagen von 8½ bis 10 Uhr Abends, Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags.** Da sich die vier Kassirer der „Ortskrankenkasse der Tischler und Pianofortearbeiter Berlins" verpflichtet haben, sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu enthalten ersuchen wir, **nur den obengenannten Arbeitsnachweis** zu benutzen. **Der Vorstand.**

Verantwortlicher Redakteur: Max Schippel, Berlin. — Druck und Verlag: F. Posekel, Berlin S. O., Oranienstraße 28

Beiblatt zur „Berliner Volks-Tribüne“.

№ 15. Sonnabend, den 14. April 1888. II. Jahrgang.

Noth.

Von Ada Christen.

All' euer girrendes Herzeleid
Thut lange nicht so weh,
Wie Winterkälte im dünnen Kleid,
Die bloßen Füße im Schnee.

All' eure romantische Seelennoth
Schafft nicht so herbe Pein,
Wie ohne Dach und ohne Brod
Sich betten auf einen Stein.

Eine Weberfamilie.

Von Emil Marriot.

Vor seinem Weggehen hatte der Armenarzt der Familie gesagt, daß das Kind die Nacht nicht überleben würde. Die Mutter hatte die Mittheilung hingenommen, wie etwas Alltägliches, wie es ihr in der That nichts Neues mehr war, hatte sie doch schon drei Kinder an derselben Krankheit, der Schwindsucht, wegsterben sehen.

Dem Manne, der, die Hände in den Haaren vergraben, am Tische gesessen, und den beiden älteren Kindern, blassen, kraftlosen Buben im Alter von zehn und zwölf Jahren, die unschlüssig und einigermaßen erschrocken in der engen Stube hin- und hergetrippelt waren, hatte die Frau gesagt: „Legt Euch nur nieder. Helfen könnt Ihr ja doch nicht und morgen müßt Ihr wieder an die Arbeit gehen. Ihr habt den Schlaf nöthig.“ Der Mann hatte darauf erwidert: „Wecke mich auf, wenn . . .“ und hatte, ohne den Satz zu vollenden, eine Handbewegung nach dem kranken Kinde hin gemacht. „Ja, ja,“ hatte sie sich zu sagen beeilt, „jetzt geh' schlafen.“ Mit schweren Schritten war der Mann zum Bette hingegangen und hatte sich in den Kleidern auf das Lager fallen lassen. Die beiden Knaben schliefen in der Küche in einem Bette. Sie lagen dicht aneinander gedrückt und hatten die Federdecke bis über die Ohren gezogen, es war ihnen immer kalt. Der Vater war ebenfalls eingeschlafen. Einsam wachte die Mutter bei ihrem sterbenden Kinde.

Draußen war es still, Mitternacht hatte es geschlagen, und in der armseligen Straße der großen Fabrikstadt, in welcher die Familie wohnte, ging es um diese Stunde, zumal mitten in der Woche, wo die schwere Tagesarbeit den Schlaf der Nacht gebieterisch fordert, ungemein ruhig her. Auch in der engen Stube herrschte Stille — im Vergleich zum Tage. Der Webstuhl, der Ernährer der Familie, ruhte aus bis zum Morgen, und die Frau schaute ihn von Zeit zu Zeit von der Seite an, als wenn sie fürchtete, er möchte sich von selber in Bewegung setzen und ihr Kind auf's Neue quälen durch sein eintöniges und lautes Geräusch . . .

Wie oft hatte das arme Ding sich die Ohren zugehalten und gejammert: „Mutter! Dieser Lärm thut mir so weh!“ Dann hatte der Vater wohl auf ein paar Augenblicke innegehalten in der Arbeit und nach dem Kinde hingesehen . . . dann aber hatte er die Achseln gezuckt und mit merklich zitternden Händen weiter gearbeitet.

Die Frau legte die Hand über die Augen. Ja, wenn es möglich gewesen wäre! Sie hatte oft darüber nachgedacht und auch mit ihrem Manne davon gesprochen. „Wenn Du in die Fabrik arbeiten gingest, so lange wir das Kind noch haben; das wäre doch besser für uns Alle.“ Darauf hatte er, so ruhig wie man eben von unabänderlichen Dingen spricht, entgegnet: Der Weg zur Fabrik ist weit; mit dem Hin- und Hergehen verliere ich täglich zwei Stunden. Auch arbeiten sie dort höchstens zwölf Stunden, an Montagen und Sonnabenden noch weniger, während ich zu Hause vom frühen Morgen bis in die späte Nacht thätig sein kann. Dort verwenden sie auf die Mahlzeiten zwei volle Stunden — hier bin ich in einer halben Stunde mit allem Essen fertig; also eine neue Zeitersparniß. In der Fabrik benöthige ich ein Kind als Hilfsarbeiter, dem ich einen Theil meines Lohnes ausbezahlen muß. Meine Buben sind noch zu jung, um arbeiten zu dürfen, ich kann sie folglich nicht mitnehmen, um mir von ihnen helfen zu lassen. Daheim aber darf ich's thun. Wenn sie aus der Schule kommen, greifen sie schon wacker zu bei der Arbeit. Und auch Du kannst mithelfen, wenn Du gerade nichts Anderes zu thun hast . . . das wäre ebenfalls nicht möglich, wenn wir den Stuhl nicht im Hause hätten . . . Rechne also Alles zusammen: in der Fabrik würde ich nicht mehr als neun oder zehn Mark wöchentlich verdienen, im Hause erwerben wir nicht selten das Doppelte . . . Wenn wir nicht verhungern wollen, müssen wir es bei der hergebrachten Eintheilung belassen. Das Kind kann sich noch Gott weiß wie lange herumziehen, nnd wir können keinen Kreuzer entbehren. Es thut mir ja selbst weh, den Buben jammern zu hören . . . aber ich vermag's nicht zu ändern, und deshalb sprich nicht mehr davon.“ — Sie hatte auch nicht mehr davon gesprochen.

Jetzt aber in der Nacht, wo das Leben ihres Kindes enden sollte, dachte sie daran. Laut- und thränenlos verrichtete sie all' die kleinen letzten Liebesdienste, welche die Wartung eines Sterbenden erheischt, brachte das Kind in eine halb sitzende Lage, damit es leichter athmen könnte, trocknete den Schweiß von seiner Stirne, flößte ihm von Zeit zu Zeit ein paar Tropfen Wasser ein. Still stand der Webstuhl — aber im Körper dieses armen kleinen Wesens ging ein Röcheln und Brausen vor sich, als ob alle Maschinen, an denen Vater und Verwandte ihre Kraft zu Schanden gearbeitet hatten, hineingekrochen wären und dort arbeiteten . . . es schien, als ob dieser zerstörte, schon vor der Geburt zerstörte Organismus zum letzten Male laut verkünden wollte: die Ueberanstrengung, die Noth und Sorgen meiner Vorfahren . . ., die sind's, woran ich sterbe. „„Wenn's nur schon vorüber wäre!“ dachte die Frau, setzte sich wieder hin und schaute über das Kind hinweg in die leere Luft.

Man war mitten in der schlimmen Jahreszeit, im eiskalten Januar, einem bösen Monat für die Weber. Die Winterwaare ist fertig, für den Sommer giebt es nicht viel vorzuarbeiten, viele Stühle feiern und mancher Webergeselle geht brodlos einher. In der guten Jahreszeit hatte die Familie auch Gehilfen im Hause gehabt, welche dem armen Hauswesen eine nicht zu verachtende Einnahme zuführten; die Gehilfen mußten für die Benutzung des Wohnraumes einen Miethsbetrag entrichten und auch für das Spulen, welches die Frau und die Buben besorgten, eine Kleinigkeit bezahlen. Diese Zubuße hatte mit dem Eintritt der schlimmen Jahreszeit aufgehört. Die Nachfrage nach Arbeit hatte sich verringert, die Gehilfen waren fortgezogen. . . . Was die nun treiben, wovon die nun leben mochten? Die Frau heftete den Blick auf die Fensterscheibe, deren schadhafte Stellen mit Papierstreifen überklebt waren. Zum Glück schneite es seit ein paar Tagen; vielleicht, daß die armen Leute sich als Schneeschaufler verdingen konnten. Wenn nur nicht immer so Viele erwerbslos, wenn nur nicht immer weit mehr Hände als Arbeit da wären! Auch sind die Weber gewöhnlich nicht kräftig; die lange Arbeitszeit, die schlechte Kost, die Luft in der Fabrik oder eine Luft in der Werkstätte wie diese hier . . . woher sollten sie denn Kräfte sammeln! Und trotz aller Entbehrungen, trotz allen Fleißes nichts Besseres als langsames Verhungern. Das war das Traurigste an der Sache.

Das vor der Zeit gealterte, welke, zergrämte Gesicht der Frau nahm einen grübelnden und gespannten Ausdruck an. Wenn ihr nur Jemand sagen möchte, wie man weniger ausgeben könnte, ohne Hungers zu sterben. Es war doch alles erschreckend theuer. . . . Da heißt es zwar immer: das Korn habe fast keinen Preis mehr . . . Und wenn das Korn zu Mehl, das Mehl zu Brod geworden, dann ist es doch wieder theuer und der Arme muß es zu theuerem Preise erstehen. Auch von anderen Dingen hört man: es gebe große Markthallen, Konsumvereine geheißen, wo man alles wohlfeiler als anderswo zu kaufen kriege. Die Frau hatte sich darüber des Näheren erkundigt. Man müsse, hatte sie vernommen, um dort Einkäufe besorgen zu dürfen, vorerst Mitglied werden, Aufnahms- und später Wochenbeiträge leisten. Auch seien die Preise durchaus nicht so niedrig. Endlich aber: wie sich loskaufen von dem Krämer, von welchem sie jahrein jahraus Waare auf Borg bezogen? Dem sie jetzt neuerdings eine für ihre Verhältnisse schier unerschwingliche Summe, die sie ihm bei Entziehung ihrer Kundschaft sofort baar hätte ausbezahlen müssen, schuldig war? Sie hatte schon über Alles nachgedacht, am Tage und in den schlaflosen Nächten. Und immer war dasselbe dabei herausgekommen: Elend, Elend das ganze Leben lang.

Daß ihr doch wenigstens nicht die Kinder der Reihe nach wegstürben! In ihren ersten Lebensjahren kosten sie viel, und wenn man sie bald zur Arbeit anhalten und Nutzen aus ihnen ziehen könnte, sterben sie. Sie wären alle zu retten gewesen — alle. Eine gesunde Wohnung, Luft, Licht und genügende Kost — und sie würden noch heute um die Mutter herumspringen, lachend, vergnügt und mit rothen Wangen. Das wußte die Frau. An milden Tagen hatte sie die kranken Kinder oft vor das Hausthor gesetzt, damit sie eine bessere Luft einathmen könnten . . . die von Dünsten aller Art durchschwängerte Luft in einer engen Straße! Zum Spazierengehen mit den Kindern hat Niemand Zeit gehabt; die kleineren Geschwister waren zu jung und zu dumm, als daß man ihnen die Ueberwachung kranker Kinder hätte anvertrauen können; und die älteren mußten bei der Arbeit mithelfen. So waren denn die Kinder vor dem Thore gesessen, bis sie so schwach geworden waren, daß ihnen selbst das Sitzen eine zu große Anstrengung verursachte . . . Man hatte sie dann in der Stube gelassen, in der Stube, welche Schlaf-, Eß- und Werkstätte war, wo die herumschwirrenden Fäden sie zum Husten reizten und der Lärm des Webstuhles sie aus dem Schlafe öfters aufschreckte, und da waren sie gestorben; drei in dem Verlaufe von zwei Jahren, und jetzt folgte das vierte Kind nach . . .

Die Frau fühlte etwas Aetzendes und Heißes über ihre Wangen rieseln. Thränen waren es, die unaufhaltsam aus ihren Augen drangen. Nicht darüber, daß das Kind starb, weinte sie. Mein Gott, was verlor der arme Wurm? Und was verlor sie an dem Kinde? Wenn es auch etwa vom zehnten Jahre an Geld zu verdienen anfängt, verbraucht es doch noch manches Jahr weit mehr, als es erwerben kann; und wenn es endlich mehr erwirbt, als es verbraucht, dann kehrt es gewöhnlich dem Elternhause den Rücken, um anderswo ein besseres Loos zu suchen. Was die Frau quälte, das war der Gedanke an den Mangel an Nahrung, unter welchem das heißhungrige Kind so viel ausgestanden hatte. Wie begierig hatte es oft nach Speise verlangt, nach etwas Anderem, Besserem, als dem ewigen Brode und den ewigen Erdäpfeln . . . . und wie oft waren selbst Brod und Kartoffeln zu schmal bemessen gewesen. Wenn die Mutter nur diese Erinnerung dem Kinde mitgeben könnte in's Grab!

Es athmete jetzt schwach, schwach. Seine Mutter beugte sich zu ihm nieder: „Paul, willst Du etwas?“ Es gab keine Antwort. „Kennst Du mich, Paul?“ Die gleiche Stille. Dann riß es die Augen weit auf, schauderte und streckte sich . . . Die Frau machte eine Bewegung. Sollte sie den Vater wecken? Er schlief so gut und am Morgen wartete die schwere Arbeit auf ihn. Sie hatte nicht das Herz, seinen Schlaf zu stören. . . .

Um acht Uhr früh trat der Arzt in die Stube. Ueber das Gesicht des Kindes war ein weißes Tuch gebreitet; es lag ganz regungslos da. Der Webstuhl klapperte wie jeden Tag.

„Wann ist es gestorben?“ fragte der Arzt.

„Um drei Uhr Morgens,“ antwortete die Frau. „Wir wollen es in der Küche aufbahren . . .“ — Der Mann sah nicht auf von seiner Arbeit.

„Hätte ich ihm doch wenigstens täglich ein paar Eier kochen können,“ sprach die Frau und schaute auf das verhüllte Gesichtchen. „Die Eier hat er gar so gern gegessen . . .“ Sie wandte sich ab und fuhr mit der Hand über die Augen.

„Wäre doch gestorben,“ murmelte der Mann. „Bei uns kommen nur die kräftigen Kinder auf — nur die, welche, wie man sagt, nicht zum Umbringen sind.“

„Das ist schon wahr; aber er hätte doch jeden Tag seine Freude gehabt.“

„Dazu kommen unsere Kinder nicht auf die Welt. Das Freudehaben ist nichts für die Kinder eines so armen Teufels wie ich bin,“ entgegnete der Mann mit rauher Stimme.

Der Arzt, welcher mittlerweile das Kind besichtigt hatte, räusperte sich und schrieb ein paar Worte auf ein Blättchen Papier.

„Das geben Sie dem Todtenbeschauer,“ sagte er zur Frau und händigte ihr das Blättchen ein.

Sie nickte stumm. Auf diesem Papier stand die Krankheit geschrieben, welcher ihr Kind erlegen war; lesen konnte sie es nicht, denn es war ein schwerer lateinischer Name. Hätte man auf Deutsch sagen wollen, warum das Kind gestorben, würde man ganz einfach gesagt haben: Es starb daran, daß sein Vater ein Webergeselle war. — Eine nähere Erklärung dieser nur dem Uneingeweihten unverständlichen Krankheit wäre überflüssig.

„Und was das Begräbniß anbelangt,“ begann der Arzt nach einer Stille. Die Züge der Frau bekamen einen geängstigten Ausdruck. „So einfach wie möglich, damit es nur nicht viel koste,“ sprach sie hastig.

Der Arzt griff in die Tasche und drückte der Frau eine Banknote in die Hand. Ohne ihr Zeit zu lassen, sich zu bedanken, eilte er in's Freie.

Rings um ihn her standen eben so ärmliche Häuser, wohnten in ebenso engen übervölkerten Stuben gleich arme Menschen wie die, welche er gerade verlassen hatte. Bevor er in den seiner harrenden Wagen stieg, stand er einen Augenblick still und hob in stummer Klage oder Anklage die Arme zum Himmel empor . . .

Achtung!

In verschiedenen Arbeiterblättern finden wir folgende der „Fränkischen Tagespost“ entnommene Notiz:

„Durch die Reptilienpresse geht gegenwärtig die Behauptung, die deutschen Sozialdemokraten seien „in wahnwitzigem Eifer so weit gegangen, von Zentralkomitees wegen erklären zu lassen, daß kein Angehöriger der Partei einen auf dem Wege der Gnade verfügten Straferlaß annehmen dürfe, widrigenfalls er nicht mehr als „Genosse“ zu betrachten sei.“ — Wir sind in der Lage, diese Notiz als eine erbärmliche Erfindung zu bezeichnen. Bekanntlich existirt ein „Zentralkomitee“ deutscher Sozialdemokraten nicht, und ist daher schon aus der Anwendung dieses Wortes die denunziatorische Absicht ersichtlich. Die parlamentarische Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie, die Reichstagsfraktion, aber hat einen solchen Beschluß, wie er von den Reptilien konstruirt ist, nicht gefaßt. Sollte jedoch mit der Notiz auf das in neuerer Zeit öfter erwähnte, aber trotzdem vollständig apokryphe Berliner „Zentralkomitee“ angespielt sein, so ist allerdings nach dieser Richtung eine positive Erklärung abzugeben uns unmöglich. Wir sind aber überzeugt, daß ein solcher Beschluß zwar von politischen Kindern oder Narren, allenfalls auch von **Lock**spitzeln gefaßt werden kann, **niemals** aber von intelligenten Arbeitern.“

Wir hätten gewünscht, daß die Notiz etwas weniger erregt ausgefallen wäre, und auch nach der Seite der Berliner Genossen hin die Möglichkeit eines „Lockspitzelbeschlusses“ auf das Bestimmteste bestritten hätte. Die

Berliner Genossen glauben es beanspruchen zu können, daß man bei ihnen „Beschlüsse", die nur „Kindern, Narren und Lockspitzeln" zugeschrieben werden können, solange als unmöglich voraussetzt, als nicht im einzelnen Falle der Beweis des Gegentheils bereits erbracht ist.

Wir müssen überhaupt — das bezieht sich aber nicht auf obige Notiz — unsere Verwunderung darüber aussprechen, wie in manchen Kreisen über die „Berliner" geurtheilt wird.

Die „Berliner" kämpfen gegen übermächtige Gewalten einen härteren Kampf als die Genossen anderer Orte; keiner, der an ihm theilnimmt, weiß zu irgend einer Stunde, ob er nicht verrathen und verkauft ist. Natürlich kommen unter solchen Verhältnissen „Entlarvungen" häufiger vor, wie anderwärts. Aber dann noch scheele Redensarten über die im Kampfe stehenden „Berliner" im Allgemeinen zu führen, ist ebenso unstatthaft und zeugt von einem ebenso geringen Verständniß der ganzen Lage, als wenn man die Arbeiter besonders gefahrvoller Berufe als „dumme Kerle" und leichtfertige Menschen behandeln wollte, wenn sie der Tod und die Verwundung rascher „antritt".

Wer es ernst mit unserer Sache nimmt, hat nicht auch noch geringschätzig die Achseln zu zucken, wenn Leute in gefahrvollster Lage hier und da von der Gefahr wirklich ereilt werden. Es hat bisher als unedel gegolten, zum Schaden auch noch den Spott zu fügen, und es wird darum hoffentlich auch in Zukunft mehr unterbleiben, als es jetzt leider geschieht.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Bei den Freunden der Wahlbetheiligung scheinen die „Mißverständnisse" epidemisch geworden zu sein.

Von der schlimmen Täuschung, der Wahlprotest sei gleichbedeutend mit regungslosem Beiseitestehen, sind die Vertreter der Gegenseite allerdings — wie wir zu unserer großen Freude feststellen können — vollständig kurirt. Auch von „Hungerrevolten" und „Akten der Verzweiflung" ist keine Rede mehr. Aber ganz kann das „Berliner Volksblatt" das Mißverstehen nun doch nicht lassen, obwohl es durch frühere Erfahrungen wahrlich vorsichtig geworden sein sollte.

Wir erinnern daran, daß das „Berliner Volksblatt" es war, welches den Berliner Arbeitern zuerst den Schimpf anthat, sie bei ihrer Entscheidung der Wahlfrage als unter dem Einfluß von Stöckerianern stehend zu bezeichnen. Wenige Tage darauf — als andere Blätter über die Volksblattnotiz gerade die schönsten Leitartikel veröffentlichten — trat das Blatt den Rückzug an, indem es schrieb:

> Zu unserem Artikel über die Stadtverordnetenwahlen wird uns mitgetheilt, daß es verschiedene Arbeiter unangenehm berührt hat, daß man aus dem Artikel herauslesen könnte (alle Blätter, selbst so unparteiische wie die „Volksztg.", hatten das in der That herausgelesen!), die Majorität gegen die Kommunalwahlen ließe sich irgendwie **von der Arbeitersache feindlichen** Elementen zu unüberlegten Schritten hinreißen. — Der Verfasser des Artikels betont ausdrücklich, daß ihm jede Absicht, den Gegnern der Kommunalwahlen etwas Kränkendes oder Verletzendes zu sagen, gänzlich fern gelegen hat.

In seinem zweiten Artikel widmete das Blatt einen großen Theil seines Raumes der Widerlegung des Satzes: es sei zielführender, bürgerliche Kandidaten zu unterstützen, wenn sie sich auf gewisse Forderungen verpflichten. „Wir haben zuerst kaum geglaubt — hieß es da — daß dieser Satz ernsthaft gemeint war . . . . wir können uns damit so ohne weiteres nicht („so ohne weiteres nicht" ist jedenfalls gut) einverstanden erklären", und die „Berliner Volkstribüne" bekam da sehr niederschlagende, freilich auch sehr selbstverständliche Dinge zu hören. In der nächsten Nummer blies man wieder zur Retirade, indem folgende Berichtigung erschien:

> Geehrte Redaktion!
>
> Um vorzubeugen, daß sich aus Anlaß Ihres gestrigen Leitartikels ein Rattenkönig von Irrthümern bildet, die dann schwer wieder auszurotten sind, — machen Sie die Leser des „Berliner Volksblatt" wohl darauf aufmerksam, daß die „Berliner Volkstribüne" niemals auch nur einen Augenblick daran gedacht hat, bei Kommunalwahlen die Unterstützung gegnerischer Kandidaten empfehlen zu wollen. Vielmehr heißt es in dem Artikel über die Stadtverordneten-Wahlen ausdrücklich:
>
> „Man braucht, wie uns scheint, diesen Standpunkt gar nicht erst zu kritisiren; er ist mit der Hervorhebung seiner Konsequenzen bereits abgethan."
>
> Ablehnender kann man sich wohl nicht ausdrücken.
>
> Hochachtungsvoll
>
> Die Redaktion der „Berliner Volkstribüne".

Das „Volksblatt" konnte freilich sein Unrecht nicht ganz offen eingestehen, es hängte der Berichtigung noch die Bemerkung an: die Redaktion hätte das „oben angezogene Zitat" als mit dem, auf welches sich der Volksblattartikel gestützt hatte, „nicht in Zusammenhang stehend betrachtet!" Das „oben angezogene" Zitat bildete nämlich den unmittelbar darauf folgenden Satz, sodaß wir uns heute noch den Kopf zerbrechen, wie das „Volksblatt" über stilistischen „Zusammenhang" denkt. Kein Wort dazwischen und doch kein Zusammenhang! — das ist uns, so lange wir leben, noch nicht vorgekommen! Doch sei dem, wie ihm sei, auch diese schöne Stelle des „Volksblatt" war ins Wasser gefallen.

Das Gleiche müssen wir leider auch von einer der gefühlvollsten Ausführungen des dritten Artikels sagen, von jener nämlich, die uns bittet, nicht die Bezeichnung „radikal" für uns zu wählen und so „künstlich Gegensätze zu konstruiren." Wir müssen diese Art Bitte durchaus zurückweisen, nicht weil wir sie inhaltlich nicht billigten, sondern weil wir nie auf die Benennung „radikal", im Gegensatz zu anderen Gliedern unserer Partei, Anspruch erhoben haben. Wir sind allerdings viel von anderen die „Radikalen" genannt worden, besonders von dem Referenten in der Kommunalwählerversammlung und von den gegnerischen Blättern, übrigens auch von auswärtigen Arbeiterblättern — wir haben darauf hin einmal von dem Worte Gebrauch gemacht, in einem Zusammenhang und außerdem noch mit Gänsefüßchen, die keinerlei Zweifel darüber lassen, daß wir die Bezeichnung von uns ablehnen. Und nun die schöne Standrede, doch „unseren Feinden diese Freude nicht zu machen" — an uns! Und noch dazu von einem Blatte, das gleich zu Beginn seiner Artikel von dem „überschwänglichen Radikalismus" der Gegner der Wahlbetheiligung und von dem „radikalen" Gedanken der Wahlenthaltung gesprochen. Wir leben, wie es scheint, auf dem „Volksblatt" in einer sehr verkehrten Welt!

Zu unserem Bedauern hat das „Berliner Volksblatt" auch noch immer nicht den ganz unzulässigen Versuch aufgegeben, „einen unhaltbaren Standpunkt dadurch zu vertheidigen, daß man — wie wir in der letzten Nummer schrieben — irgend einen hohlen konservativen Kürbiskopf als Schreckgespenst umgehen läßt." Im „Volksblatt" lesen wir nämlich:

> „Vielleicht öffnet der Sonnabend-Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." dem Verfasser des „Gutachtens" die Augen. Die **helle Freude**, welche das Regierungsorgan an dem Vorgehen der „Volkstribüne" hat, zeigt wieder einmal recht deutlich die Richtigkeit des Satzes, daß es stets falsch ist, dasjenige zu thun, was der Gegner lobt."

Allen Respekt vor der Logik dieses Satzes! Aber wir müssen wenigstens bitten, die Arbeiter Berlins nicht mit leeren Redensarten zu regaliren. Einmal haben andere reaktionäre Blätter den Sieg der Wahlenthaltung als eine für sie sehr ernste, einschüchternde Thatsache behandelt, die neue Maßregelungen rechtfertige. Wenn wir die Taschenspielerstückchen liebten, könnten wir demnach ebensogut sagen, die „Drohungen" der „Kreuzzeitung" bewiesen, daß wir das Richtige getroffen hätten. Solche Argumente sind in der That ganz aus der politischen Diskussion auszuscheiden, wenn sie ernst bleiben soll.

Und wo ist denn die „helle Freude" der „Nordd. Allg. Ztg." ausgebrochen? Da wir absolut nicht gewillt sind, Täuschungen aufkommen zu lassen, so bringen wir den ganzen Artikel des Kanzlerblattes. Er lautet:

> Nicht minder interessant, wie die kürzlich erwähnten mehr persönlichen Vorgänge aus dem Gebiete der sozialdemokratischen Bewegung, sind grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Räthlichkeit der Betheiligung der Sozialdemokraten an den Berliner Kommunalwahlen, welche zwischen dem hiesigen „wissenschaftlichen" Wochenblatte, der „Volkstribüne", und dem mehr praktischen „Volksblatte" zum Austrage gebracht werden. Bekanntlich hat sich eine größere Versammlung hiesiger Sozialdemokraten gegen die Betheiligung an Kommunalwahlen erklärt; diese Stellungnahme wurde seitens des „Volksblattes" offenbar aus agitatorischen Zweckmäßigkeitsgründen verpönt, und hiergegen wendet sich in einem „Gutachten und Rückblick" in der von ihm redigirten „Volkstribüne" Herr Max Schippel. Derselbe sagt: (Folgt ein Zitat, das vorher auch das „Volksblatt" gebracht hatte).

Nun, bis hierher liegt nichts von einer Kundgebung der „Nordd. Allg. Ztg." vor; ähnliche Darstellungen haben alle Blätter gebracht. Doch hören wir weiter:

> Der Zweck des Wählens ist also für die Sozialdemokraten, nach Herrn Schippel, nicht etwa, durch Vertreter der eigenen Anschauungen am kommunalen und politischen Leben aktiv betheiligt zu werden (ist übrigens falsch!), sondern nur der, „die Massen für sozialistische Ideen zu gewinnen". Man hat dies zwar auch schon früher gewußt (in der That weiß das jeder Sozial-Demokrat!) und die Gegner der Sozialdemokratie haben es ausgesprochen, daß dem so und nicht anders ist. Aber aus sozialdemokratischem Munde selbst diese Bestätigung über den eigentlichen Zweck des Wählens für die Sozialdemokraten zu erhalten, ist nicht ohne Werth, und zwar um so weniger, da, was für kommunale Wahlen gelten soll, doch wohl für Wahlen im Allgemeinen gelten muß, also auch für politische. Wichtiger noch als dieses Eingeständniß des Herrn Schippel erscheint jedoch das zweite, man könne sozialdemokratische Ziele bei den Kommunalwahlen nicht fördern, „weil wir ein kommunales sozialistisches Programm überhaupt nicht haben". Dem Nachweise dieses Mangels an einem „kommunalen sozialistischen Programm" widmet Herr Schippel seine weiteren Darlegungen, und wir können es Denjenigen überlassen, die seit Jahren den Berliner Kommunalwählern jenes Programm als sozialdemokratisch empfohlen haben, sich mit Herrn Schippel über das Vorhandensein oder den Mangel dieser Eigenschaft auseinanderzusetzen.
>
> Das „Berliner Volksblatt" aber, welches einen fünfspaltigen Leitartikel gegen Herrn Schippel in's Feld schickt, geht über diesen wichtigsten Punkt seiner Stellungnahme herum, wie die Katze um den heißen Brei. (Folgt ein Zitat aus dem „Volksblatt"). Jeder kann sehen, daß das „Volksblatt" seine eigenen, Herrn Schippel entgegengehaltenen Fragen nicht beantwortet hat, es wird also wohl bei dessen Behauptung bleiben, daß es ein praktisches brauchbares kommunales sozialdemokratisches Programm nicht giebt. Wenn es aber bis heute ein solches nicht giebt und nicht einmal das „Volksblatt" sagen konnte, weshalb noch nicht, dann wird man schließen dürfen, es gebe überhaupt keins. Giebt es aber nicht einmal ein praktisch brauchbares sozialdemokratisches Programm für Kommunalfragen, wie sollte es ein solches geben können für die viel wichtigeren und komplizirteren Fragen des staatlichen und wirthschaftlichen Lebens?
>
> Dieser Frage gegenüber war von besonderem Interesse, daß Herr Schippel eingestand, es gebe zunächst für Kommunalwahlen ein auch nur für die Parteizwecke brauchbares sozialdemokratisches Programm nicht, und man wird gut thun, sich dieses „wissenschaftliche" Eingeständniß auch für andere Fälle zu merken.

Wir haben natürlich die sonderbaren Schlußfolgerungen der „Nordd. Allg. Ztg." hier nicht zu widerlegen, aber fragen müssen wir doch: wo hier von „heller Freude", von etwas wie Aufmunterung die Rede ist. Das Kanzlerblatt ist dem Streite gefolgt wie jede andere Zeitung, es hat natürlich einige Glossen dazu machen müssen, die weniger bösartig ausgefallen sind wie die der „Kreuzzeitung." Aber daß solche wirklich recht unschuldige Bemerkungen hinreichen sollten, „mir die Augen zu öffnen" — das heißt denn doch die Sache etwas gar zu leicht nehmen. Wenn jeder im öffentlichen Leben Stehende auf solche bloße Erwähnungen hin immer gleich Kehrt machen wollte, dann könnte er überhaupt gar keinen Standpunkt mehr einhalten, sondern müßte sich nur immer drehen wie eine Wetterfahne oder ein schnurrender Kreisel!

Wir hätten auch sonst gewünscht, daß der Verfasser der „Volksblattartikel" — unseres Erachtens ein Abgeordneter — die unter Angehörigen derselben Partei gebotene Rücksicht etwas mehr hätte zur Geltung kommen lassen. Wenn er mit den Berliner Verhältnissen hinreichend vertraut ist, so weiß er so gut wie wir, daß wir uns im Interesse unserer Partei eine nicht geringe Beschränkung in der Diskussion einiger Punkte auferlegten, die in der That eine ganz wesentliche Rolle in der letzten Entscheidung mitgespielt haben. Der Verfasser wird uns wohl zugestehen, daß wir bei der Kritik der „vortrefflichen" „administrativen Schule" im Rathhause uns die denkbar größte Reserve auferlegt haben. Und derselbe Verfasser geräth in Entrüstung, wenn wir ganz leicht die „Gefahren" auf dem „schlüpfrigen Parket der Bourgeoisprunksäle" streifen? Gefahren, die auch in St. Gallen einen sehr ernsten Eindruck machten, und die zur Einschaltung des Satzes führten, daß bei Gemeindewahlen kein blindes Hineinstürzen, sondern „sorgfältigste Erwägung" anzuempfehlen sei.*) Mit Verlaub, das ist Demagogie, das ist kein ehrliches Insaugefassen der Thatsachen, sondern Umschmeichelung der Massen, die sich stets rächen muß und deren wir uns niemals schuldig machen werden. Ehre, wem Ehre gebührt — aber auch kein Vertuschen von Gebrechen und Gefahren!

Ferner müssen wir auch durchaus den Eindruck bekämpfen, als ob wir irgendwie die Streitaxt wieder ausgegraben hätten. Wir haben uns an der ganzen Diskussion, welche der letzten Entscheidung voranging, nicht betheiligt. Wir haben die Entscheidung nicht im Geringsten zu Gunsten der Wahlenthaltung beeinflußt. Wir haben auch unseren ganz objektiven Bericht über die Sanssouciversammlung nur mit der Bemerkung begleitet, nunmehr demokratisch zu handeln und Disziplin zu halten! Weiter nichts! Dagegen hat das „Volksblatt" am 23. März eine Artikelserie begonnen, die auf die Aufforderung hinauslief, sich über den Beschluß der Berliner Partei hinwegzusetzen. Dabei traten eine solche Menge Unrichtigkeiten und Verdrehungen zu Tage, daß wir in ruhigster Weise die Rechtfertigung der Majorität der Berliner Arbeiter übernehmen mußten, da die Majorität doch gewiß noch Anspruch darauf erheben darf, gehört zu werden. Und nachdem wir das vertheidigt haben, was nach der Sanssouciversammlung für jeden Genossen und Demokraten einstweilen maßgebend sein mußte, und nachdem das „Volksblatt" sich an den Beschluß nicht gekehrt hat — bittet uns das Blatt, wir sollten unseren eigenen Kopf aufgeben!! Mit Verlaub, wir haben hier keinen eigenen Kopf, sondern marschiren nur in Reih nnd Glied, wie es uns die Disziplin gebietet. Wir thun das schon darum, damit wir uns jederzeit verbitten können, als Frondeur behandelt zu werden!

Der Frieden wird ganz und gar von der anderen Seite gestört. Ich verstehe es vollständig, daß man hier eine Aenderung des Parteibeschlusses wünscht. Aber ich verstehe nicht, welche Interessen so wichtig sein könnten, daß man um ihretwillen die glimmenden Gegensätze in Berlin wieder zu neuer Lohe anfacht. Nachdem eine Einigung erzielt war und auch von der Minorität in ehrlichster Weise gehalten worden ist — welche wichtigen Interessen könnten es rechtfertigen, daß man die Einigkeit wiederum bricht und es vielleicht noch zu Kämpfen schärfster Art bringt?

Ich würde hier vor einem vollständigen Räthsel zu stehen glauben, wenn ich nicht wüßte, wie leicht manche Leute, von der Erfüllung einzelner Lieblingswünsche träumend, in den lieben blauen Tag hinein schlafwandeln.

Max Schippel.

*) Auf den St. Gallener Beschluß kommen wir noch zurück.

Der Kommunalsozialismus.

Wir wiesen neulich darauf hin, daß der „Kommunalsozialismus", die Ueberführung einzelner Gewerbszweige in Gemeindebetrieb, ähnlich zu beurtheilen sei, wie der Staatssozialismus, wenn er staatliche Monopole verlange.

In etwas anderer Weise behandelt ein uns eben zugegangener Artikel des Philadelphiaer Arbeiterblattes, den wir unverkürzt folgen lassen, einen ähnlichen Gegenstand.

Wir lesen im „Philadelphia Tageblatt":

„Der hiesige „Telegraph", das Börsenblatt, läßt sich Korrespondenzen aus Paris schreiben, in denen der Sozialismus geradezu verherrlicht wird. Allerdings ist dabei zu bemerken, daß sein Wohlwollen nicht der konsequentesten sozialistischen Fraktion, den „Marxisten" gilt, sondern der „Arbeiterpartei", den sogenannten „Possibilisten". Was dem Korrespondenten besonders gefällt, das ist, daß diese Fraktion nicht revolutionär sei; daß ihre Führer, von denen Paul Brousse, der Ex-Anarchist, besonders hervorgehoben wird, einsichtsvolle und gebildete Leute seien, welche „sehr wohl wissen, daß die Gesellschaft nicht am Tage nach einer erfolgreichen Revolution umgestaltet werden könne und welche auf allmähliche gesetzliche Aktion bauen." Wie sie sich diese vorstellen, führt der Korrespondent ebenfalls und sachlich wohl ziemlich richtig aus. Brousse hat

bekanntlich noch von seiner anarchistischen Zeit her eine Faible für die „Kommune", die Gemeinde und die „Federation der Kommunen". Da man sofortige praktische Resultate haben will, mit den Kammern und der nationalen Regierung aber nichts anzufangen ist, so soll in den großstädtischen Gemeinden begonnen werden, in welchen die Arbeiter das Uebergewicht haben und vermittels des allgemeinen Stimmrechts die kapitalistische Minorität unterkriegen können.

Man beginnt also mit sozialistischen Maßregeln zunächst in Paris. Die Stadt soll zunächst Arbeiter-Wohnungen bauen und nach und nach durch die Erhöhung der Grundsteuer die Spekulation in Grundbesitz ganz unmöglich machen. Allmählich triebe man so den Landlord ganz weg. Dann geht es an die Lebensmittel. Die Stadt richtet Bäckereien, Schlächtereien ein, kauft Vieh, Mehl, Getreide und alle Lebensmittel im Großen ein und hält sie in Gemeindeläden zum Selbstkostenpreis frei. Der Kleinhändler verschwindet. Man geht so Schritt um Schritt weiter, von den Behausungen zu der Distribution, dem Absatz und schließlich zur Produktion. Paris würde so eine große „Kooperativ-" (Genossenschafts-) Werkstätte. Die Direktoren und Leiter der großen Etablissements werden von der Stadt bezahlt, anstatt wie jetzt von Aktiengesellschaften oder Kapitalisten. Die Profite gehen in die Stadtkasse und werden zu gemeinnützigen Zwecken verwendet.

Der Korrespondent des Börsenblattes sieht nur eine Schwierigkeit in der Verwirklichung dieser Pläne; nämlich, daß es unter den Arbeitern Ungeduldige gäbe, welche nicht abwarten wollen, wie sich die Sache nach und nach mache; daß die „geheimen Polizisten" und „Agents Provokateurs" beständig am Werke seien, um Putsche anzuzetteln, welche den Vorwand für die Unterdrückung der ganzen Bewegung liefern könnten. Bis jetzt sei es den französischen Arbeitern zwar gelungen, diese Schurken zu entlarven und die Phantasten im Zaume zu halten, indessen könnten sie nicht hoffen, immer Erfolg zu haben, und es mögen daher unvorhergesehene Fälle eintreten.

Dazu bemerkt nun das „Philadelphia Tageblatt" selber: „Das denken wir auch. Der Irrthum der „Possibilisten" ist, daß sie hoffen, die Regierung würde sie gewähren lassen, wenn sie im Zentrum des Landes nach und nach den Kapitalismus auszurotten streben. Diese Illusion wird sich wahrscheinlich einmal bitter rächen. Die National-Regierung, ob nun monarchisch, republikanisch oder radikal, ist eine Regierung der Kapitalisten und duldet dergleichen nicht. Daher der stehende Kampf zwischen ihr und dem mehr oder minder sozialistischen Gemeinderath von Paris. Die Regierung aber hat das Heft in der Hand. Wie es mit der Autonomie der Gemeinden in Frankreich ohnehin schon nicht viel ist, so erst recht nicht für Paris. Dieses steht unter Ausnahme-Bestimmungen. Es hat keinen Maire (Bürgermeister), wie die anderen Städte Frankreichs, sondern der von der Regierung ernannte Präfekt des Seine-Departements steht an der Spitze des Gemeinwesens, der alles mit seinem Veto belegt, was dem Gouvernement der Bourgeoisie nicht genehm ist. Außerdem hat die Gemeinde auch nicht die Verfügung über die Polizei und ist sonst in Verwaltungssachen nach allen Seiten hin gebunden. Wie kann unter diesen Umständen an die allmählich lokale Verwirklichung des Sozialismus gedacht werden? Früher oder später wird diese Erkenntniß im Lager der „Arbeiterpartei" durchdringen und je früher desto besser. Denn die übelste Seite dieses experimentirenden Kirchthums-Sozialismus ist, daß die eigentliche sozialistische Propaganda dabei vernachlässigt wird."

Einige zeitgemäße Bemerkungen.

Zum Frühjahr mit seinen Streiks.

Das Frühjahr ist im Anzug und damit die Zeit, in welcher nicht allein die Bauthätigkeit beginnt, sondern in welcher auch in verschiedenen Industriezweigen zwischen „Arbeitgebern" und Lohnsklaven über die Höhe von Lohn und Arbeitszeit u. s. w. Vereinbarungen zu treffen oder zu erneuern sind.

Naturgemäß kommt es hierbei häufig zu Meinungsverschiedenheiten, deren Endresultat nicht selten ein Streik ist. Die Arbeitseinstellung ist freilich eine sehr unvollkommene Waffe. Sind die kapitalistischen Widersacher gut organisirt, wie dies meist der Fall ist, oder steht für sie viel auf dem Spiele, so werden sie lange ausharren, wohl wissend, daß jede neue Woche den Arbeiter widerstandsunfähiger macht. Die Arbeiter leben meist von der Hand in den Mund, d. h. sie können keine nennenswerthen Ersparnisse machen. Wenn bei einem Streik aus den Tagen Wochen und aus den Wochen Monate werden, dann ist die Noth ein sicherer Gast im Hause des Streikenden und wie oft kommt es nicht vor, daß man ihn nebst seiner Familie ohne viele Umstände aus dem Hause wirft. Geht der Streik verloren, so ist oft genug für den Streikenden, dessen Stelle ein „Scab" eingenommen hat, die Arbeitsangelegenheit verloren. Er muß den Wanderstab ergreifen und als Vagabund das Land durchstreifen, bis er wieder irgendwo Beschäftigung gefunden hat.

Das sind allerdings extreme Fälle, aber sie kommen vor. Und wo sie nicht vorkommen, da ist doch das Unangenehme, welches der Streik mit sich bringt, groß genug.

Die Zeitungen der Unternehmer — und diesen gehören fast alle Blätter — werden es nie müde, auf solche Vorkommnisse hinzuweisen. Alle Gründe, welche man gegen Arbeitseinstellungen vorbringen kann, werden von ihnen eindringlich in Leitartikeln behandelt. Bald drohen, bald schmeicheln sie.

Die Regierungen stehen stets auf der Seite der Beschäftiger, d. h. der Besitzenden, denn die Besitzenden sind die Regierungen. Der Streikende wird außerdem als ein Faullenzer und Tagedieb verschrieen.

Alles das ist bekannt. Deshalb kommen in neuerer Zeit gewisse „Arbeiterfreunde" und geben die Parole aus: „Keine Streiks mehr, wir wollen Schiedsgerichte." Soweit ganz gut, aber eine einseitige Liebe bleibt ohne Resultat. Gewiß ist das Streiken ein Uebel, es ist das ein alter sozialistischer Grundsatz, aber es ist ein nothwendiges Uebel. In einem auf Mitbewerb (Konkurrenz) gegründeten industriellen System, wo der Arbeiter durch Lohn abgefunden wird, ist der Lohn als ein Theil der Produktionskosten beständigen Schwankungen unterworfen. Der Mitbewerb hat die Tendenz, alle Produktionskosten, also auch die Löhne zu vermindern und zwar so lange, als er auf keinen Widerstand stößt.

Es ist klar, daß die Arbeiter sich vielfach zum Widerstand gezwungen sehen, wollen sie nicht elend zu Grunde gehen. Und sie leisten Widerstand, indem sie bestreht sind, Löhne, welche ein anständiges Leben nicht mehr ermöglichen, bei günstiger Gelegenheit zu erhöhen, indem sie angestrebte Lohnverkürzungen zu verhindern suchen. Wenn nun die Beschäftiger den Wünschen der Arbeiter absolut kein Gehör schenken wollen, bleibt nur ein Mittel übrig: die Arbeitsverweigerung, der Streik. Eine Arbeitseinstellung ist eine Kraftprobe; wer es am Längsten auszuhalten vermag, gewinnt. Wer das heutige System anerkennt, muß auch die Berechtigung der Arbeitseinstellung anerkennen. Sie verwerfen, heißt den Arbeiter dem Kapitalisten auf Gnade und Ungnade zu überliefern.

Die Sozialisten haben von jeher die Arbeitseinstellungen für ein Uebel erklärt und sie sind die Einzigen, welche eine Radikalkur für solche die Produktion störende Vorkommnisse wie Streiks und Boykotts vorschlagen. Die Sozialisten verlangen, daß der Gegensatz zwischen Arbeitern und Beschäftigern gänzlich beseitigt wird, indem man die Arbeiter zu ihren eigenen Beschäftigern macht. Wenn an Stelle der Interessen-Verschiedenheit, welche heute in dem Produktionsbetriebe maßgebend ist, die Interessen-Gemeinschaft aller Bürger tritt, dann ist eine Arbeitseinstellung eine undenkbare Sache geworden. Wenn Güter nur noch hervorgebracht werden, weil man ihrer bedarf und nicht, weil eine bestimmte Klasse damit Profit zu erzielen gedenkt, wird der unerquickliche Streit und Hader verschwunden sein. Die Erfindungen der Neuzeit ermöglichen es, bei mäßiger Arbeitszeit Alles, was der Mensch zu seinem körperlichen Wohlbefinden und zu seiner geistigen Ausbildung bedarf, herzustellen; es handelt sich nur darum, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufzuheben, und die Produktionsmittel in den Besitz der Gemeinschaft überzuführen. Möge man daher nie vergessen, daß über den Lohnkampf hinaus den Arbeitern noch viel höhere Ziele winken.

Unternehmerkartelle und Arbeiterorganisationen.

Wenn man, wie wir es in unserer letzten Nummer gethan haben, die Unternehmerverbindungen nach ihren Absichten und Wirkungen kritisirt, so wird einem von kapitalistischen Blättern und Wortführern gewöhnlich eingewendet: auch die Arbeiter hätten ihre Verbände, welche die Löhne regeln und durch diese Preisfestsetzung die „freie Konkurrenz" auf dem Arbeitsmarkte „aufheben". Wenn man daher gegen die kapitalistischen Vereinigungen einschreiten wolle, so müsse man auch die Gewerkschaften und Fachvereine unterdrücken.

Keine Behauptung kann oberflächlicher und verlogener sein.

Was ist denn ein vollentwickeltes Unternehmerkartell? Eine Vereinigung von Kapitalisten, welche ihre selbständige Thätigkeit einstellen und trotzdem höhere Einkünfte beziehen, als vorher. Der „Trust" strebt nicht nur Abschaffung des „Risikos" an, welches in den Schriften der bürgerlichen Volkswirthe eine so große Rolle spielt, sondern er macht auch den individuellen Unternehmungsgeist, die geschäftliche Begabung und die persönliche Anstrengung der Kapitalisten vollkommen überflüssig. Er ist somit weiter nichts, als ein Raubverband, er leistet nichts für die Produktion, nimmt aber von den Produkten so und soviel mehr für die Reichen in Anspruch. Die Kapitalisten eines bestimmten Zweiges thun sich zusammen, lassen die Produktion durch bezahlte Angestellte leiten, geben dem Verkäufer der Rohmaterialien weniger und nehmen dem Konsumenten mehr ab, als vorher. Da sie eine „geschlossene Gesellschaft" bilden, in die Niemand ohne ihre Erlaubniß eintreten darf, so erben sich ihre Profitgelegenheiten fort, wie weiland die „Gerechtsame" der Feudalherren. Sie leisten der Menschheit nicht den geringsten Dienst, beanspruchen aber den Löwenantheil an den Erzeugnissen des gesellschaftlichen Fleißes. Man thäte den Drohnen Unrecht, wenn man sie mit diesen Menschen vergliche.

Die Gewerkschaften aber sind Vereinigungen von Arbeitern, von fleißigen und thätigen Arbeitern desselben Zweiges, welche sich die Aufgabe gestellt haben, sich ihren Arbeitslohn nicht schmälern zu lassen. Sie wollen also nicht faullenzen, wie die wirthschaftlichen Kartellbrüder, sondern nur bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen.

Der einzelne Arbeiter ist einer großen Gesellschaft oder gar einem Kartell und Privatmonopol gegenüber so augenscheinlich macht- und hilflos, daß nur Narren behaupten können, er begebe sich seiner Selbständigkeit und unterjoche alle anderen Kreise, Konsumenten wie Produzenten, wenn er sich einem Verbande anschließt.

Wenn nun, wie gezeigt, der frühere kapitalistische Unternehmer, der Lenker der Industrie immer mehr verschwindet, wenn an seine Stelle die bloßen „Profitesser" treten, so charakterisiren sich solche Kartelle also als Vereinigungen zu Gunsten von Leuten, die gesellschaftlich vollständig zu entbehren sind. Die Arbeit aber ist nie zu entbehren, und die Arbeitergewerkschaften wollen nur den nützlichsten Faktor in der ganzen Gesellschaft hegen und pflegen und ihm eine bessere Zukunft bereiten.

Dort das Großziehen eines überflüssigen Schmarotzerthums zum Schaden des Volkes; hier die Pflege des bedeutsamsten Kultusfaktors zum Nutzen der ganzen Gesellschaft — in der That, es gehört viel Unkenntniß und viel böser Wille dazu, Unternehmerkartelle und Arbeiterorganisationen auf eine Stufe zu stellen.

Kleine Mittheilungen.

Nicht weniger als 31 000 „Hausssklaven", männliche und weibliche Dienstboten und Gesindeangehörige, haben nach amtlichen Berichten im letzten Jahre England verlassen. Dazu hat natürlich vielfach der schlechte Geschäftsgang beigetragen, der auch die Besitzenden zwingt, sich Einschränkungen aufzuerlegen. Andrerseits aber ist auch der wachsende Widerwille maßgebend gewesen, den die immer selbstbewußter werdenden Proletarier gegen die entwürdigendste Form der Lohnabhängigkeit empfinden. Ein Fabrikarbeiter beginnt zu bestimmter Zeit sein Tagewerk und beschließt es zu bestimmter Stunde; während der anderen Stunden und Sonntags ist er sein eigener Herr. Der Haussklave muß aber mit seiner ganzen Lebenszeit der „Herrschaft" zur Verfügung stehen, kein Morgen, kein Abend, kein Sonntag gehört ihm ohne besondere Erlaubniß; Wohnung, Nahrung, Kleidung, Umgang, in alles redet die „Herrschaft" hinein. Ist es da ein Wunder, wenn trotz der massenhaften Auswanderung noch immer Klagen wegen Mangel an Dienstboten erschallen? Es will sich eben Niemand mehr zu solcher Arbeit hergeben, und das mit Recht.

Grauenhaft findet selbst die Presse der Kapitalisten die Zustände, welche sie selbst schaffen hilft. So fanden wir neulich in verschiedenen Blättern sehr trübselige Betrachtungen über die rapide Schnelligkeit, mit der die Beschäftigung von Weibern und Kindern die der Männer in den verschiedenen Industriebranchen verdrängt. Nach dem Bericht des nationalen statistischen Bureaus sind in den Vereinigten Staaten von 114 152 im Schuhmachergeschäft arbeitenden Personen 38 605 Frauen, resp. Mädchen und Kinder; im Teppichgeschäft sind von 20 371 Angestellten nur 10 104 Männer, also noch nicht einmal die Hälfte. In der Baumwollenindustrie sind von 162 542 Arbeitern 111 594, also fast zwei Drittel der Totalsumme, Weiber und Kinder, und zwar von diesen letzteren mehr als die Hälfte — 13 213 ist die genaue Zahl — noch nicht 13 Jahre alt. In der Strumpf- und Strickwaarenfabrikation sind 7517 Männer angestellt und dreimal so viel Weiber und Kinder, nämlich 21 368; und in den Webereien gehören von 43 473 im Ganzen beschäftigten Personen zum weiblichen Geschlecht und zu den Kindern 25 202. In der Seidenfabrikation sind von 31 337 Arbeitern 21 962 Frauen und Kinder; in der Wollenwaaren-Industrie arbeiten 45 058 Männer und 30 564 Weiber und Kinder, und bei der Anfertigung von gewirkten Waaren 6335 Männer und 12 368 Arbeiterinnen und Kinder. Natürlich ist das Geschrei der kapitalistischen Blätter über diese Entwickelung nur Heuchelei. Das Kapital schafft durch seinen Mehrwerthhunger diese Entwicklung, und kapitalistische Kreise werden es gewiß nicht sein, die ihm Zügel anlegen. Die Arbeiter allein werden hier Wandlung schaffen, indem sie eine politische Macht werden und durch Gesetze Halt gebieten.

Wie der Staat als Unternehmer verfährt, wissen auch die französischen Postbeamten unter vielen Anderen zu erzählen. Obgleich bereits 1883 von den 2000 geprüften Postdienstkandidaten durchaus nicht alle angestellt werden konnten, ließ doch der Postminister durch Zirkuläre zu zahlreichem Eintritt in den Postdienst auffordern. In Folge dessen hatten 1886 schon 3000 junge Leute ihre Prüfungen für den Postdienst abgelegt. Das Gesetz für den Postdienst besagt nun, daß die geprüften Kandidaten eine Wartezeit von 6 Monaten unentgeltlich zu dienen haben, hierauf zum Diätar mit 600 Francs (480 Mark) jährlichem Gehalt ernannt und nach zweijähriger Dienstzeit zum eigentlichen Postbeamten befördert werden. In Folge der Ueberproduktion von Kandidaten dauert die Wartezeit 15—20 Monate und die Diätare haben 3, oft auch 5 Jahre auf ihre Ernennung zum Beamten zu warten. Die armen Teufel hungern, der Staat hat aber unentgeltliche oder lächerlich billige Arbeitskräfte und lacht sich in's Fäustchen. Welcher Privatunternehmer nutzt die proletarische Arbeitskraft schonungsloser aus, als es hier der Staat mit den Funktionären eines öffentlichen Dienstes thut? Solche Thatsachen zeigen deutlich, was die Arbeiter zu erwarten haben, wenn die verschiedenen Industrien innerhalb der heutigen Gesellschaft durch den heutigen Staat in „öffentliche Dienste" verwandelt werden.

In den Bergwerksdörfern Südungarns nimmt die Auswanderung nach Amerika immer größere Dimensionen an. Eibenthal, der einst so blühende Bergwerksort, ist auf diese Weise in kürzester Zeit fast ganz entvölkert. Als in Amerika das Gesetz

in's Leben trat, daß die aus Europa mittellos anlangenden sogenannten „Paupers" unbarmherzig zurückgefördert werden müssen, da athmeten die ungarischen Regierungskreise auf und dankten der Union, daß sie von schweren Sorgen über die Hintanhaltung der Auswanderung befreit wurden. Nachdem aber die Auswanderer, behufs Umgehung dieses Gesetzes, durch vorherige Reverse werthlos gemachte Wechsel und amerikanische Bankanweisungen in Amerika vorweisen, kommt die Union nicht in die Lage, unserer Regierung Polizeidienste leisten zu können. Einen Beitrag nun, wie in Ungarn persönliche Freiheit geschätzt wird, liefert ein an alle ungarischen Verkehrsanstalten gerichteter brutaler Erlaß des Kommunikationsministers, dessen Tenor dahin geht, daß sie das Auswanderungswesen strengstens überwachen und die Ausfolgung von Fahrkarten mit allen möglichen Mitteln verhindern sollen. In den Dienst des Kommunikationsministers begiebt sich neuestens auch die Klerisei; der Bischof von Kaschau hat nämlich seine Geistlichkeit in einem Hirtenbrief aufgefordert von der Kanzel herab gegen die Auswanderung zu sprechen und denselben das alte und darum heute nicht mehr passende Sprüchlein: „Bleib' im Land und nähre dich redlich!" zu variiren. Also Maßregelung und Klingelbeutel sollen dem ausgesogenen Volke die Ueberzeugung beibringen, daß sie eigentlich ein herrliches Leben führen und absolut keinen Grund zur Unzufriedenheit haben! Diese heilige Allianz soll tiefwurzelnde soziale Uebel, deren ein Symptom die Auswanderung ist, mit Polizeieingreifen und religiösen Beeinflußungen beheben? Es ist schwer darüber keine Satyre zu schreiben!

Ueber die Verherrlichung „großer Männer" läßt sich der berühmte russische Schriftsteller **Leo Tolstoi** am Schlusse seines Werkes über „Napoleon und der russische Feldzug" aus. Tolstoi weist in dem Buche vielfach nach, wie die unabänderliche Verkettung der Ereignisse Napoleon im Beginn des russischen Feldzugs zu Hilfe kam, zu glücklichen Ergebnissen führte, ohne daß Napoleon dieselben vorher gewollt oder erzwungen hätte. Erst die anbetenden Historiker haben das nachträglich hinzugedichtet. Wenn ein „Erfolg" vorlag, dann frugen sie immer: was hätte Napoleon für geniale Gedanken haben können, um diesen Erfolg zu erzielen?, und danach modelten sie dann die Geschichte zurecht. Tolstoi zeigt aber, daß die genialen Gedanken dem Imperator oft gar nicht in den Sinn gekommen waren: die Ereignisse hatten für ihn gehandelt. Aber auch die russische Kriegführung entkleidet Tolstoi aller scheinbaren „Absichten"; besonders wendet er sich dagegen, daß der Brand Moskaus in weitblickender, dämonischer Absichtlichkeit von den Russen herbeigeführt worden sei. Weder die wilde Verwüstungssucht der Franzosen, wie die Russen meinen, noch der barbarische Patriotismus Rostoptschins, wie die übrige Welt glaubt, hat die alte Czarenstadt in Flammen aufgehen lassen. Eine Stadt mit lauter Holzhäusern und nur 130 Pumpen, in welcher im Sommer fast jeden Tag trotz der Aufsicht der Polizei ein Brand ausbricht, mußte, da ihre Einwohner sie verlassen und sie von Fremden besetzt war, welche die nöthige Vorsicht nicht zu üben verstanden, so nothwendig in Brand gerathen, wie ein Haufen Hobelspäne, in den Streichhölzer gefallen sind. Die Tabakspfeifen der Soldaten, die großen Feuer, an denen sie ihre Speisen kochten — diese sind es, welche den Brand veranlaßten; keine dämonischen Persönlichkeiten. Berlin, Wien und andere Städte blieben stehen, weil ihre Einwohner sie nicht verlassen und Fremden den Platz geräumt hatten. Moskau aber war den Fremden preisgegeben und entblößt worden von denen, die über seine Sicherheit hätten wachen können. So ist diese Stadt gewissermaßen, ohne Plan und Berechnung, durch ihre eigenen Einwohner untergegangen, aber nicht durch die, welche zurückgeblieben waren, sondern durch die, welche sie verlassen hatten. — Tolstoi schließt deshalb: „Wenn wir annehmen, daß die großen Männer der Geschichte dazu berufen sind, die Menschheit gewissen Zielen entgegenzuführen, so können wir nicht umhin, zwei Begriffe gelten zu lassen: Zufall und Genie. Der Zufall schafft eine Lage, und das Genie benutzt dieselbe. Wenn ich die Ursache einer Thatsache nicht kenne, so glaube ich, sie nicht erkennen zu können, darum suche ich nicht, sie zu entdecken, und ich sage: es ist Zufall. — Ich sehe, daß eine Kraft eine That vollbracht hat, die mit den gewöhnlichen Eigenschaften der Menschen unvereinbar ist, **ich kann die Ursache dieser Kraft nicht erforschen, so sage ich: das ist das Werk des Genies.** Der Hammel, den der Hirt in einen besonderen Raum sperrt, um ihn zu mästen, erscheint den andern Hammeln in seiner ihnen unerklärlichen, besonderen Stattlichkeit als ein Genie; ist aber der Zweck der Mästung erfüllt, und der Hirte schlachtet ihn, so ist in ihren Augen das stattliche Thier von einem Zufall heimgesucht worden. Die Anwendung auf Napoleon und die übrige Menschheit macht sich wohl Jeder selbst. Wenn wir uns begnügen, die Thatsachen kennen zu lernen und in dem Leben historischer Personen eine logische Folge von Thaten erkennen, die der Nothwendigkeit gehorchen, dann werden wir die Begriffe von Zufall und Genie vollständig entbehren können. Dann erscheinen Napoleon und Alexander wie gewöhnliche Menschen, die so lange auf dem Schauplatze waren, bis sie die ihnen aufgezwungene (durchaus nicht „gewollte" und genial „geplante") Rolle zu Ende geführt haben. Wenn Napoleon auf St. Helena mit lügnerischen Behauptungen seine Handlungen zu rechtfertigen suchte, so zeigt er selbst der Welt deutlich, daß die Menschen eine selbständige Kraft erblickten, wenn die unsichtbare Hand der Ereignisse ihn leitete. Jeder, der Größte und der Kleinste, und Jedes, das Größte und das Kleinste, trägt seinen Zweck in sich selbst und dient zugleich dem Gemeinzwecke, der aber dem menschlichen Verstande unfaßbar ist. Die Biene, welche von einer Blume hinwegfliegt, um ein Kind zu stechen, wird von diesem Kinde gefürchtet, und es glaubt, der Zweck der Biene sei, die Menschen zu stechen. Der Poet bewundert die aus dem Kelche einer Blume saugende Biene und behauptet, der Zweck der Bienen sei, den Duft einzuathmen. Der Bienenzüchter beobachtet die Biene, wenn sie Blüthenstaub und das Mark der Pflanzen herbeiträgt, um die Königin und die Larven zu ernähren, und er erklärt, diese Geschöpfe seien da, um die Art zu erhalten. Der Botaniker bemerkt, daß die Biene Blüthenstaub von einer Pflanze zur andern trägt und sie befruchtet, er versichert, ihr Zweck bestehe in der Befruchtung." — Und doch weiß die Biene von allen diesen Zwecken nichts; sie werden ihr erst nachträglich angedichtet. Und ähnlich den großen Männern ihre „Pläne", wenn alles glücklich abgelaufen ist! Mit diesen Gedanken schließt der Verfasser seine Untersuchungen, die trotz mancher Unzulänglichkeit doch höchst interessant sind und das Nachdenken anregen, und die, vermöge des hohen Gesichtspunktes, von dem aus das Verhältniß des einzelnen Menschen zur Menschheit und seiner Geschichte angeschaut wird, kräftigen Protest gegen den übertriebenen Heroenkultus einlegen.

Ziegler und Ziegeleiarbeiter. Aus Görlitz a. d. Oder schreibt man dem „Vereinsblatt für Bauhandwerker": Die Lage der Ziegler und Ziegeleiarbeiter ist hier folgende: Es erhält ein Ziegler sowie ein Arbeiter für den Tag 50 Pf. oder für die Stunde acht deutsche Reichspfennige. Dies ohne Kost und Logis. Dafür muß er Abgaben bezahlen, den Lebensunterhalt bestreiten, 18 Pf. Krankenkassenbeitrag für die Woche bezahlen und noch das Handwerkszeug selbst halten. Das Geld für die Krankenkasse wird vom Polizeidiener eingezogen, der dafür 6 Mk. monatlich erhält bei etwa 100 Mitgliedern. **Wie es sonst in der Kasse aussieht, davon erfährt kein Arbeiter etwas.** Diese Zustände rühren daher, weil hier eine Ziegelmeister-Innung besteht. Gearbeitet wird vom 25. März bis 11. November vom Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Im Sommer also von Morgens 3½ bis Abends 8½ Uhr. Wenn diese schöne Zeit um ist, dann hat der Ziegelstreicher zusammen 70 bis 80 Thaler verdient und dabei folgende Normal-Kost genossen: Morgens Mehlsuppe und etwas trockenes Brod, Frühstück eine Schmalzstulle, Mittags trockene Kartoffeln und ½ Pfd. Fleisch, Vesper Schmalzstulle mit einer Flüssigkeit, die man hier Kaffee nennt, Abends Pellkartoffeln mit Häring. — Nicht wahr, es ist eine wahre Lust, ein Mensch zu sein?

Lohnbewegung.

An die Töpfer Deutschlands! Auf Beschluß des vorjährigen Kongresses der Töpfer Deutschlands findet in diesem Jahre am 23., 24. und 25. Mai der vierte deutsche Töpfer-Kongreß in Stettin statt. Kollegen! Wir fordern Euch deshalb auf, an allen Orten öffentliche Versammlungen einzuberufen und Abgeordnete zu wählen und zu beauftragen, auf dem Kongreß Aller Interessen zu vertreten und Eure Wünsche und Anträge mit einzuschicken. Mit kollegialischem Gruß der General-Ausschuß. Heinrich Wolff, erster Vorsitzender, Eppendorferweg 5 pt., Eimsbüttel.

An alle Zimmerer Deutschlands! Gemäß der uns vom Kongreß der deutschen Zimmerer im vorigen Jahre übertragenen Vollmachten wollen wir auf den 7., 8. und 9. Juni d. J. einen Allgemeinen deutschen Zimmerer-Kongreß berufen und schlagen dazu die Orte Chemnitz, Braunschweig und Halle a. S. vor. Genaueres über Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben. Mit kollegialischem Gruß Leipzig, den 2. April 1888. Die Agitationskommission der deutschen Zimmerer. J. A.: Karl Ernst, Hohestr. 18.

Von den Lackirern Berlins befinden sich 58 noch im Streik. Die Versammlung am 9. d. M. nahm folgende Resolution an: „Die heute tagende Versammlung der Lackirer erklärt, daß, wenn eine Bessergestaltung der Lage der Gehilfen eintreten solle, ganz konsequent an den gestellten Forderungen festgehalten werden müsse, und spez.ell an dem Fordern der Unterschrift zu dem Tarif und verpflichten sich die arbeitenden Kollegen, die Streikenden nach Kräften zu unterstützen." Hierdurch haben sich die Kollegen verpflichtet, die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, bis die Meister durch Unterschrift den Tarif anerkannt haben und dauert der Streik fort.

Die öffentliche Schuhmacherversammlung, welche am Montag Abend im Luisenstädtischen Konzerthause unter Vorsitz des Herrn Kördel tagte, nahm folgende Resolution an:

> „Die heutige, von über 1000 Personen besuchte Versammlung spricht ihre Anerkennung über den Beschluß der „Tonhallenversammlung" aus, und die Anwesenden verpflichten sich, die Arbeit niederzulegen, wo der vom „Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher" aufgestellte Lohntarif nicht bezahlt wird. Ferner verpflichten sich die unverheiratheten Kollegen, nach dem Eintreten in den Streik, Berlin zu verlassen."

Herr Lehmann wies hierauf auf den anläßlich des vor 17 Jahren durchgeführten Schuhmacherstreiks ausgeführten Zuges der Streikenden, welche die Stadt verließen, durch Berlin hin und empfahl, diese Maßnahme zu wiederholen. Herr Klinger, der in seinem Schlußwort die Informationen für die nächste Gestaltung der Schuhmacher-Lohnbewegung gab, erwähnte, daß man aus den bleichen Gesichtern dieses Zuges entnehmen müßte, daß die Arbeiter für eine gerechte Sache kämpfen. Weiter theilte der Redner mit, daß am **Montag die Verausgabung der gedruckten Tarife in mehreren Versammlungen** erfolgen wird. Die Tarife sollen darauf den Arbeitgebern unverzüglich übergeben werden, und die Forderung, ihn anzuerkennen bei Vermeidung der Arbeitsniederlegung, soll an dem Tage, welcher dazu bekannt gegeben wird, geschehen. Ein in der Weinstraße 11 errichteter **Arbeitsnachweis** wird während des Streiks die Arbeitsverhältnisse zu regeln haben. Hierzu besprachen verschiedene Redner noch die Versuche der Arbeitgeber, ihren Arbeitsbedarf durch Einstellen von Arbeitern decken zu lassen vor Ausbruch des Streiks, sowie die angeblich vorhandene Absicht, auswärtige Arbeiter nach Berlin zu ziehen und sonstige interne Angelegenheiten. (Vergl. auch Inserat). Die Zahlstellen für den Streikfonds befinden sich in folgenden Lokalen: Jeden Mittwoch Abend bei W. Papke, Oranienstr. 197; Bukow, Neumannsgasse 9; Haugk, Weinstr. 22; Nürnberg, Auklamerstr. 49; Küster, Bülowstr. 67, und am Donnerstag Wilhelmstr. 37 im Restaurant.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung Berliner Schmiedegesellen beschäftigte sich unter Vorsitz des Herrn Kohein in erster Linie mit der Frage: „Welche Gesammtforderung stellen wir an die Meister? Herr Kohein referirte über diese Frage. Herr Wachhaus folgte. Auch Herr Walter legte in längeren Ausführungen die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit behufs Lichtung der Reservearmee und Verminderung der durch sie bedingten Konkurrenz klar. Der größte Theil der Schmiedegesellen verdient nach den Ausführungen des Redners 15—18 Mark pro Woche, die Uebrigen etwas darüber und mehr darunter. Als zu stellende Forderungen bezeichnete er: 1. Einführung einer zehnstündigen täglichen Arbeitszeit, 2. gänzlicher Fortfall der Sonntagsarbeit, 3. Einführung eines Minimallohnes von 21 Mark pro Woche, 4. gänzliche Ueberlassung des Herbergswesens an die Gesellen, 5. Beseitigung des Innungskrankenkassenwesens (Zwangsbeitritt). Eine Resolution im vorstehenden Sinne, in welcher der gewählten Lohnkommission zugleich die thatkräftigste Unterstützung zugesichert und dieselbe beauftragt wird, die Saisonzeit zur schleunigen Durchführung der aufgestellten Forderungen zu benutzen, fand einstimmige Annahme.

Eine zahlreich besuchte Versammlung der Tischlergesellen Berlins, die erste, welche seit ca. 1½ Jahren vom Polizeipräsidium genehmigt wurde, fand am Montag Abend im Konzerthause „Sanssouci", Kottbuserstraße 4a, unter Vorsitz des Herrn Zubeil statt. Herr Ritter referirte über die Lohnbewegung der Tischler in verschiedenen Städten Deutschlands. Redner führte etwa folgendes aus: Da es den Berliner Tischlern seit langer Zeit endlich wieder einmal möglich sei, in einer öffentlichen Versammlung über ihre gewerblichen Angelegenheiten zu diskutiren, so müßten dieselben vor allen Dingen ihr Augenmerk auf die Lohnbewegungen der auswärtigen Kollegen richten. Es sei Pflicht der Tischler Berlins, die auswärtigen Kollegen nach Kräften in ihrem Kampfe zu unterstützen, da Streiks in den größeren Provinzialstädten für die Arbeitsverhältnisse in Berlin nicht ohne Einfluß seien. Den besten Beweis lieferten die vielen Tischlerarbeiten, welche auswärts angefertigt und nach Berlin importirt würden. **Ein niedriger Lohnsatz in anderen Städten drücke auch die Löhne in Berlin herab** und dies müsse unter allen Umständen vermieden werden. Die folgenden Redner, die Herren Glatte, Wiedemann, Apelt, Haseloph, Glocke, Zubeil, Berndt, Röske traten sammt und sonders für den Anschluß der Tischler an eine feste Organisation ein, da ohne Organisation nichts zu erreichen sei. Zum Schlusse wurde die Wahl einer Fünfer-Kommission zur Ueberwachung der Streiks beschlossen und als Kommissionsmitglieder die Herren Zubeil, Neumann, Schmidt, Ritter und Haseloph gewählt. Der Ueberschuß der Tellersammlung wurde der Kommission überwiesen. Zu Revisoren wurden die Herren Hirsing, Glocke, Wernicke und Wiedemann gewählt. Mit einem begeisterten Hoch auf die Fachorganisation der Tischler wurde die Versammlung geschlossen.

Halberstadt. Achtung! Indem eine öffentliche Tischlerversammlung hierselbst den Beschluß gefaßt hat, für den jetzigen Lohntarif nicht mehr weiter zu arbeiten und somit am Sonnabend, den 14. April bei sämmtlichen Innungsmeistern und auch bei anderen Meistern, die den neuen Lohntarif nicht zahlen wollen, die Arbeit eingestellt wird, so ist vor allen Dingen der Zuzug nach Halberstadt fernzuhalten. Die Herren Meister geben sich alle erdenkliche Mühe, nach hier Kräfte zu beziehen. Wir warnen die auswärtigen Kollegen, sich auf schwindelhafte Annoncen und Versprechungen einzulassen, und bitten sie sich mit uns solidarisch zu fühlen. Wir verweisen auf den Luther'schen Streik in Braunschweig, wie einige enttäuscht der Heimath zureisen mußten. Lohnforderung: 20 pCt. Zuschlag. Der frühere Stundenlohn betrug 20 Pfg., wir fordern jetzt 25 Pfg. und für Nachtstunden 30 Pfg. Geldsendungen sind zu richten an den Lohnkommissionsleiter Max Kommnick, Gerberstraße 7, Hinterhaus.

An die Tischler Deutschlands. Kollegen! Am 3. April haben sämmtliche Tischler Harburgs die Arbeit niedergelegt, da in den Versammlungen, die wir mit den Meistern gehabt haben, keine Einigung erzielt wurde. Unsere Forderungen, welche wir den Meistern gestellt haben, sind folgende: 1. die jetzt übliche Arbeitszeit von 10 Stunden aufrecht zu erhalten; 2. ein Minimallohn von 19 Mk. 50 pro Woche; 3. Lohnzuschlag von 17 pCt. auf die bis jetzt gezahlten Löhne; 4. Erhöhung der jetzt üblichen Akkordpreise um 20 pCt.; 5. Bezahlung der Arbeit nach Feierabend mit einem Stundenlohn von 45 Pf. — Euch, werthe Kollegen, bitten wir im Interesse der gerechten Sache, den Zuzug nach hier fernzuhalten. Briefe und sonstige Sendungen sind an den Vorsitzenden der Streikkommission, Ernst Jähnke, Krumholzberg 25, zu richten. Mit kollegialischem Gruß: Die Streikkommission der Tischler zu Harburg.

Bredow bei Stettin, 7. April. Am heutigen Tage haben auf der hiesigen Schiffswerft „Vulkan" zirka 60 Nieter die Arbeit eingestellt. Es wird deshalb dringend gebeten, den Zuzug fern zu halten. Nähere Auskunft ertheilt bereitwilligst A. Waschkau, Schlosser, Bredow bei Stettin, Villenstr. 3a.

Der Streik der Tapezierer in Hamburg. Von den 400 dort beschäftigten Tapezierern betheiligten sich über 300, demnach 80 Prozent am Ausstand. Davon wurden 50 zur Abreise bewogen. Von den Meistern kapitulirten in der ersten Woche 41, in der zweiten 28, sodaß 125 Gehülfen in Arbeit stehen. Die Zahl der noch Streikenden (158) wird sich jedoch bis auf 180 erhöhen durch die bisher durch Kündigungsfrist festgehaltenen. Der Zuzug, den die Innung mit allen Mitteln förderte, hatte nicht viel zu bedeuten, denn länger wie einige Tage hielt Keiner aus. Die 179 Mitglieder der Innung stehen zwar noch fest, werden aber binnen 14 Tagen kapituliren müssen, da die Arbeit, welche bisher durch die Kälte sich länger aufschob, drängt. Von den 179 Mitgliedern arbeiten einige gar nicht mehr als Tapezirer, und 100 haben keine Gehülfen resp. höchstens nur eine kurze Zeit. Die großen Geschäfte innerhalb der Innung trösten die kleineren mit der Hoffnung, daß es die Gehülfen nicht mehr lange aushalten. Da auch die Polizei anderen Gewerkschaften dort verboten, fremde Gewerksinteressen zu diskutiren sowie auch Unterstützungen abzusenden, so könnte das Kapital mal wieder triumphieren, wenn nicht die Streikenden selbst feststehen resp. ihnen von Auswärts nach Kräften Hilfe zugeführt wird. Bis jetzt ist noch keiner der Streikenden fahnenflüchtig geworden.

Weberstreik in Langenbielau. Am 9. April d. J. wurde in der mechanischen Weberei der Firma Chr. Dierig in Langenbielau durch Anschlag bekannt gemacht, daß bis auf Weiteres die Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 8 Uhr angesetzt, also um 1½ Stunde verlangert werde. Die Thüren wurden geschlossen, Ober-Aufseher und Meister davor postirt. Sie konnten jedoch den Andrang der Arbeiter um ½ 7 Uhr nicht hindern. Mit dem Ruf: Arbeitszeit genug, drang alles hinaus. Am 11. April wurde gleich nach Antritt der Arbeit ein Weber gemaßregelt. Sodann wurde an sämmtliche Weber von Seiten der Firma schriftlich die Aufforderung erlassen, einzeln die Bestimmung des § 4 der Fabrik-Ordnung anzuerkennen, welche lautet: daß der Arbeitgeber das Recht habe, die Arbeitszeit nach seinem Willen zu verlängern oder zu verkürzen. Auf Grund dieser Aufforderung beschlossen fast alle Weber eine gemeinsame Arbeits-Einstellung. Eine Frage an die Fabrikverwaltung: wo bleiben denn die jugendlichen Arbeiter, die nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung eine nur zehnstündige Arbeitszeit innehalten dürfen, wogegen in der Fabrik 150 in Arbeit sind? Arbeitskollegen! Helft uns in unseren Bestrebungen, helft uns, einen Sieg zu erringen. Unterstützungen nimmt entgegen im Auftrage des Comitees Carl Wanneck, Langenbielau i. Schl., Bez. I 168. Quittungen werden öffentlich bekannt gegeben.

Der Streik der Werftarbeiter bei Howaldt in Dietrichsdorf — Kiel dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten.

Weitere Streiks. In Minden und Mainz streiken die Maurer. In Halle treten die Schuhmacher, Maler, Klempner und Steinmetzen in eine Lohnbewegung ein.

Briefkasten.

Tapezierer. Gruß dankend erwidert! Wir wüßten nicht, worüber wir zu klagen gehabt hätten. Im Gegentheil, wir haben stets bedauert, bisweilen nicht alles bringen zu können.

Wahl. Ob ein neues kommunales Programm die Fehler des alten vermeiden könnte, lassen wir dahingestellt. Jede dahingehende Bemühung hat natürlich unsere vollste Unterstützung; wir halten aber auch hier „sorgfältigste Erwägung" für geboten.

„Berliner Volksblatt." Wir bedauern, diesmal etwas ungemüthlich sein zu müssen. Sie werden uns aber zugestehen, daß die fortwährenden Verdrehungen eine Diskussion so sehr erschweren, daß man, um Wandlung zu schaffen, endlich einmal offen auf die Folgen hinweisen muß. Wir können doch nicht immer blos mit Berichtigungen hinterherlaufen, wie das beim ersten und zweiten Artikel der Fall war. Also gewissenhaft und ehrlich, an uns soll es dann nicht fehlen.

Schriftführer. Wo bleibt denn das vom Verein beschlossene Inserat?

Abonnent. Komplete Exemplare der „Berliner Volkstribüne" bis Ende März 1888 liefern wir zum Preize von Mk. 2,75. Das Porto nach Auswärts tragen wir.

Ausland. Der Gnadenerlaß hat auf die Militärpflicht und die Militärverhältnisse der ohne Erlaubniß Ausgewanderten keinerlei Einfluß; nur wenn eine bereits vorher wegen unerlaubter Auswanderung verhängte Strafe vor dem 31. März rechtskräftig geworden war und eine Geldbuße von 150 Mk. bezw. eine Freiheitsstrafe von 6 Wochen nicht übersteigt, ist dieselbe erlassen.

— Kranken- und Begräbnißkasse für die im Berliner Gürtler- und Bronceurgewerbe beschäftigten Personen. (E. H. 60.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle bei Ballwitz, Prinzen- und Moritzstraßen-Ecke aufgehoben ist. Beiträge werden täglich entgegengenommen bei Fleischmann, Restaur., Dresdenerstr. 80; Fohrholz, Restaur., Weberstr. 13; Föllner, Restaur., Kottbuser Platz, Ecke d. Kottbuserstr.; Knappe, Restaur., Ackerstr. 69; Klein, Zigarrengeschäft, Ritterstr. 15; Röhl, Zigarrengeschäft, Bergmannstr. 105. Die Sprechstunden des Revisors Meisterfeld, Oranienstr. 201, v. 1 Tr., sind an den Wochentagen von 7—10 Uhr Morgens und von 12—2 Uhr Mittags, Sonntags von 8—9 Uhr Vorm. Beschwerden sind schriftlich an den Vorsitzenden Otto Klein, Ritterstr. 15 v. part. zu richten. Die **nächste Generalversammlung** findet am Sonntag, den 29. April, Vorm. 10 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37, statt. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung. 2. Statutenänderung. 6. Verschiedenes. Das Quittungsbuch legitimirt. Näheres später im Inseratentheil.

Eine von dem Maurer Roll zum Sonntag, den 8. April, sowie eine von dem Maurer Sommerfeldt zum Donnerstag, den 12. April 1888 einberufene öffentliche Versammlung der Maurer Berlins wurde die Genehmigung versagt.

Verantwortlicher Redakteur: Max Lohfangel, Berlin. — Druck und Verlag: P. Posekel, Berlin S. O., Oranienstraße 23.